



Standard-Eurobarometer 92 Herbst 2019

Erste Ergebnisse

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

Befragung
November 2019

Umfrage von der Europäischen Kommission,
Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 92 – Welle EB92.3 – Kantar



Standard-Eurobarometer 92

Herbst 2019

Erste Ergebnisse

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

Befragung: November 2019

Umfrage durchgeführt von Kantar für Kantar Belgium im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation

Umfrage koordiniert von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation
(GD COMM, Referat „Medienspiegel und Eurobarometer“)

Projekttitel

Standard-Eurobarometer 92 – Herbst 2019
„Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste
Ergebnisse“

Sprache

DE

© Europäische Union, 2019

<https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/>

INHALT

EINLEITUNG	2
I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN	6
1 Vertrauen in nationale Regierungen und Parlamente sowie in die Europäische Union: Trend	6
2 Vertrauen in die Europäische Union: nationale Ergebnisse und Entwicklungen	7
3 Das Bild der Europäischen Union: Trend	9
4 Das Bild der Europäischen Union: Entwicklungen und nationale Ergebnisse	10
II. DIE DEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION	12
1 Meine Stimme zählt in der EU: Trend und nationale Ergebnisse	12
2 Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert: Trend und nationale Ergebnisse	14
III. EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT	16
1 Das Gefühl, Bürger der Europäischen Union zu sein: nationale Ergebnisse	16
IV. DIE DRINGLICHSTEN SORGEN DER EUROPÄER	17
1 Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: Trend	17
2 Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: nationale Ergebnisse	20
3 Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: Trend	23
4 Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse	26
V. ZENTRALE POLITIKBEREICHE	30
1 Befürwortung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems	30
2 Befürwortung einer Verstärkung der EU-Außengrenzen	31
3 Ein europäischer Green Deal (Grüner Deal)	32
4 Befürwortung des Euro: Trend und nationale Ergebnisse	35
5 Neue Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz	37
6 Befürwortung eines digitalen Binnenmarktes innerhalb der EU: Trend und nationale Ergebnisse	38
7 Die Stimme der EU zählt in der Welt: Trend und nationale Ergebnisse	39
VI. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE	40
1 Derzeitige Lage der nationalen Wirtschaft: Trend, nationale Ergebnisse und Entwicklungen	40
SCHLUSSFOLGERUNG	43
Technische Spezifikationen	

EINLEITUNG

In diesem Bericht werden die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2019 (EB92) vorgestellt, die zwischen dem 14. und 29. November 2019 in den 28 Mitgliedstaaten der EU sowie in den fünf Bewerberländern (Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Türkei) und in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, durchgeführt wurde.

Dieser Bericht mit dem Titel *Erste Ergebnisse* wird gemeinsam mit den Ergebnissen der Standard-Eurobarometer-Fragen veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind. Der Bericht konzentriert sich dabei auf die Ergebnisse für die 28 EU-Mitgliedstaaten¹.

In der Zeit zwischen dem vorhergehenden Standard-Eurobarometer, das kurz nach den Europawahlen vom 7. bis 25. Juni 2019 in den EU28 durchgeführt wurde, und den Befragungen für die aktuelle Standard-Eurobarometer-Studie haben folgende mit der EU in Zusammenhang stehende Ereignisse stattgefunden:

- am 2. Juli hat der Europäische Rat für die Ernennung von Charles Michel zum neuen Präsidenten des Europäischen Rates gestimmt.
- am 3. Juli wurde David Sassoli zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.
- Ursula von der Leyen wurde am 16. Juli 2019 vom Europäischen Parlament zur Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt. Im selben Zeitraum fand auch die Bildung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder für die Amtszeit 2019–2024 statt. Die gewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte am 10. September 2019² ihr neues Team und die neue Struktur der Europäischen Kommission vor. Die neue Europäische Kommission wurde am 27. November 2019 vom Europäischen Parlament bestätigt.
- Der Amtsantritt des neuen Kollegiums der Kommissionsmitglieder sowie die Amtsübernahme von Josep Borrell als Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission erfolgten am 1. Dezember.³
- Christine Lagarde wurde am 18. Oktober 2019 zur Präsidentin der Europäischen Zentralbank ernannt. Mit ihrem Amtsantritt am 1. November hat sie die Nachfolge von EZB-Präsident Mario Draghi (2011–2019) angetreten.

Aus wirtschaftlicher Sicht hat die Europäische Kommission während des Befragungszeitraums für diese Studie ihre Europäische Wirtschaftsprognose vom Herbst 2019⁴ veröffentlicht. Darin wird für das Jahr 2020 von einem BIP-Wachstum von 1,4% in der EU28⁵ (unverändert gegenüber 2019) und von 1,2% im Euro-Währungsraum (+0,1 gegenüber 2019) ausgegangen. Im Vergleich dazu wird für die USA für das Jahr 2020 ein BIP-Wachstum von 1,8%, für Japan von 0,4%, für China von 5,8% und weltweit von 3,0% erwartet. Den aktuellen Prognosen zufolge ist für die EU28 auch 2021 mit einem BIP-Wachstum von 1,4% zu rechnen.

Die Arbeitslosenquote stagniert nach Jahren des Rückgangs, ist aber niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.⁶ Im September 2019 lag die Arbeitslosenquote in der EU als Ganzes bei 6,3%. Damit war die Arbeitslosenquote genauso hoch wie im August 2019, aber niedriger als im September 2018, als die Quote 6,7% betrug. Im Euro-Währungsraum lag die Arbeitslosenquote im September 2019 bei 7,5% und war damit unverändert gegenüber August 2019, aber niedriger als im September 2018, als die Quote bei 8,0% lag.

¹ Der vollständige Bericht des Standard-Eurobarometers wird zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden.

² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_19_5542

³ <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20191121IPR67111/parliament-elects-the-von-der-leven-commission>

⁴ https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip115_en.pdf

⁵ Die Prognose für die EU27 liegt bei 1,4%, genau wie für die EU28.

⁶ <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10064439/3-31102019-CP-EN.pdf/20825ac8-e75f-6ca4-59ea-6b9e8d04f07c>

In der Zeit zwischen den Standard-Eurobarometer-Umfragen vom Frühjahr und Herbst 2019 haben mehrere politische Ereignisse stattgefunden.

Zwischen Juli und November fanden in Griechenland, Österreich, Portugal, Polen und Rumänien Wahlen statt:

- In Griechenland wurde am 7. Juli eine Parlamentswahl abgehalten und von Nea Dimokratia (ND), der größten Rechtspartei, unter Kyriakos Mitsotakis mit 39,85% der Stimmen und 158 von 300 Sitzen gewonnen. Mit 31,53% folgt Syriza, die radikale Linkskoalition des scheidenden Ministerpräsidenten Alexis Tsipras.
- In Österreich gewann die Österreichische Volkspartei (ÖVP) des scheidenden Bundeskanzlers Sebastian Kurz die am 29. September durchgeführte Parlamentswahl mit 37,5% der Stimmen und 71 Sitzen. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) kam auf den zweiten Platz mit 21,2% der Stimmen (40 Sitzen), vor der populistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit 16,2% der Stimmen (31 Sitzen).
- Am 6. Oktober fand in Portugal ebenfalls eine Parlamentswahl statt, die von der Sozialistischen Partei (PS), geführt vom scheidenden Premierminister Antonio Costa, mit 36,65% der Stimmen und 106 von 230 Parlamentssitzen gewonnen wurde.
- Am 13. Oktober 2019 wurde in Polen eine Parlamentswahl abgehalten, die von Recht und Gerechtigkeit (PiS) unter dem scheidenden Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki mit 43,59% der Stimmen und 235 der 460 Sitzen im Parlament gewonnen wurde.
- In Spanien wurden am 10. November 2019 ebenfalls Parlamentswahlen abgehalten. Die regierende Partido Socialista Obrero Español (PSOE) von Ministerpräsident Pedro Sánchez erhielt die meisten Sitze (120 Sitze mit 28% der Stimmen), allerdings mit geschrumpfter Mehrheit, was eine noch stärkere Fragmentierung des Parlaments zur Folge hat. Es wird erwartet, dass die Regierungsbildung erst im kommenden Jahr abgeschlossen sein wird.
- In Rumänien wurde der Vorsitzende der Nationalliberalen Partei Polens (PNL) Klaus Iohannis im November dieses Jahres im zweiten Wahlgang als Präsident Rumäniens wiedergewählt: 65,88% der Stimmen, weit vor Viorica Dancila der Partidul Social Democrat (PSD) mit 34,12% der Stimmen.

Nach dem Rücktritt der britischen Premierministerin Theresa May im Mai 2019 wurde Boris Johnson am 24. Juli 2019 zum neuen Parteivorsitzenden der Konservativen gewählt und anschließend zum Premierminister bestimmt. Nach einer politisch turbulenten Phase, in der das britische Parlament zuerst beurlaubt und dann wieder zusammengerufen wurde, verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Verhinderung eines No-Deal-Brexit. Premierminister Johnson beantragte daraufhin eine erneute Verlängerung des Artikel 50. Eine Verlängerung bis zum 31. Januar 2020 wurde am 28. Oktober gewährt. Daraufhin wurde am 28. Oktober ein Gesetz zur Auflösung des Parlaments am 6. November verabschiedet, um den Auftakt eines fünfwöchigen Wahlkampfes im Vorfeld der Unterhauswahlen am 12. Dezember 2019 einzuläuten.

Seit Frühjahr 2019 gab es weitere nennenswerte Ereignisse:

- In Deutschland kam es zu einem antisemitischen Anschlag am Jom Kippur Tag (9. Oktober), bei dem in der Nähe der Synagoge von Halle (Sachsen-Anhalt) zwei Menschen getötet wurden.
- In London im Vereinigten Königreich ereignete sich am 29. November ein terroristischer Anschlag nahe der London Bridge, der zwei Todesopfer forderte.
- Am 21. November 2019 trat das Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Singapur in Kraft.
- Während der Befragungen im November kam es in vielen Ländern in Europa zu Extremwetterereignissen, darunter zu großen Überschwemmungen in Venedig und in Teilen des Vereinigten Königreichs sowie zu Starkregenfällen in Frankreich und Italien, die Schäden verursacht haben. Im Juli dieses Jahres gab es in vielen Ländern Europas eine große Hitzewelle mit Rekordtemperaturen, die zu einer großen Anzahl an Todesopfern und zu Behinderungen in der Landwirtschaft, beim Verkehr und der Infrastruktur geführt hat.

Die angewandte Methodik ist die der Standard-Eurobarometer-Umfragen, die von der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Medienspiegel und Eurobarometer“) durchgeführt werden.⁷ In allen Ländern und Gebieten, die in diese Umfrage einbezogen wurden, wurde dieselbe Methodik verwendet. Im Anhang zu diesem Bericht befindet sich ein technischer Hinweis zu den Interviews, die von den Mitgliedsinstituten des Kantar-Netzwerks durchgeführt wurden. Darin sind auch die Konfidenzintervalle angegeben.⁸

Die Teilnehmer wurden entsprechend der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung⁹ (DSGVO) gefragt, ob sie zustimmen, Fragen zu Themen zu beantworten, die als „sensibel“ betrachtet werden könnten, oder nicht.

Hinweis: Dieser Bericht verwendet die offiziellen Abkürzungen für die einzelnen Länder. Die Bedeutungen der in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

Belgien	BE	Litauen	LT
Bulgarien	BG	Luxemburg	LU
Tschechien	CZ	Ungarn	HU
Dänemark	DK	Malta	MT
Deutschland	DE	Niederlande	NL
Estland	EE	Österreich	AT
Irland	IE	Polen	PL
Griechenland	EL	Portugal	PT
Spanien	ES	Rumänien	RO
Frankreich	FR	Slowenien	SI
Kroatien	HR	Slowakei	SK
Italien	IT	Finnland	FI
Republik Zypern	CY *	Schweden	SE
Lettland	LV	Vereinigtes Königreich	UK
Europäische Union – gewichteter Durchschnitt für die 28 Mitgliedstaaten			EU28
BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV, LT			Euro-zone
BG, CZ, DK, HR, HU, PL, RO, SE, UK			Nicht-Euro-zone

* Zypern als Ganzes ist einer der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der „Acquis communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand) ist jedoch in dem Landesteil aufgehoben, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden daher nur die Interviews, die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und für den Durchschnitt der EU28 berücksichtigt.

*Wir möchten den Menschen in der gesamten Europäischen Union danken,
die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen.
Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Studie nicht möglich gewesen.*

⁷ <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm>

⁸ Die Ergebnistabellen befinden sich im Anhang. Bitte beachten Sie, dass die Summe der in diesem Bericht angegebenen Prozentsätze mehr als 100% betragen kann, wenn der Befragte bei einer Frage mehrere Antworten wählen konnte.

⁹ 2016/679

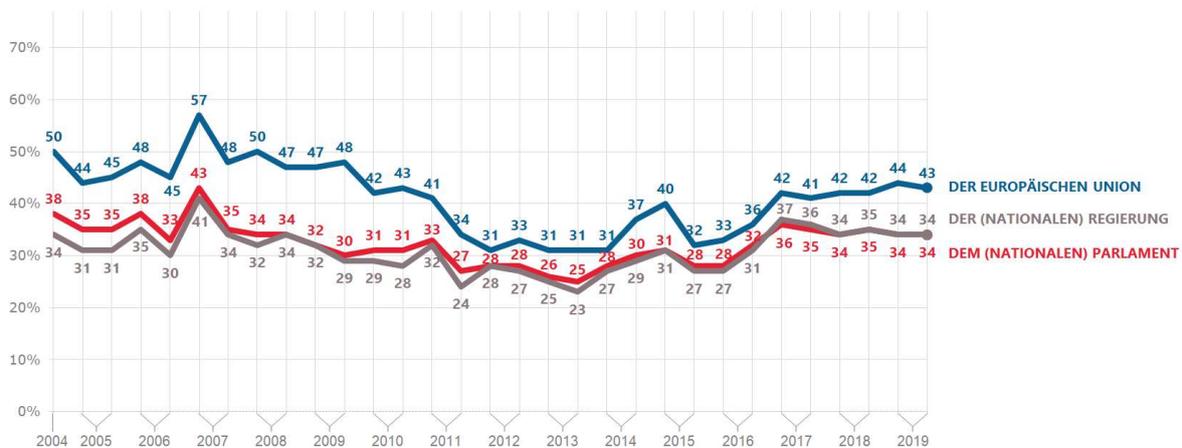
I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN

1 Vertrauen in nationale Regierungen und Parlamente sowie in die Europäische Union: Trend

Mehr als vier von zehn Europäern, nämlich 43%, haben nach eigenen Angaben Vertrauen in die Europäische Union. Das entspricht einem Rückgang von 1 Prozentpunkt seit Frühjahr 2019. Dies ist – mit Ausnahme des Frühjahrs 2019 – der höchste Wert seit Herbst 2010. Das Vertrauen in die EU ist jeweils um 9 Prozentpunkte höher als das **Vertrauen in die nationale Regierung** und das **Vertrauen in das nationale Parlament** (beide 34%, unverändert). Das Vertrauen in nationale Institutionen auf der einen Seite und in die Europäische Union auf der anderen ist nach wie vor stark unterschiedlich ausgeprägt.

Das Misstrauen in die Europäische Union (47% „vertraue eher nicht“) ist seit der Umfrage vom Frühjahr 2019 ganz leicht gestiegen, und zwar um 1 Prozentpunkt. Nichts geändert hat sich hingegen am Misstrauen gegenüber der nationalen Regierung (61%, unverändert) und dem nationalen Parlament (60%, unverändert).

QA6a Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Medien und Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Medien und Institutionen, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?
(% - EU - EHER VERTRAUEN)

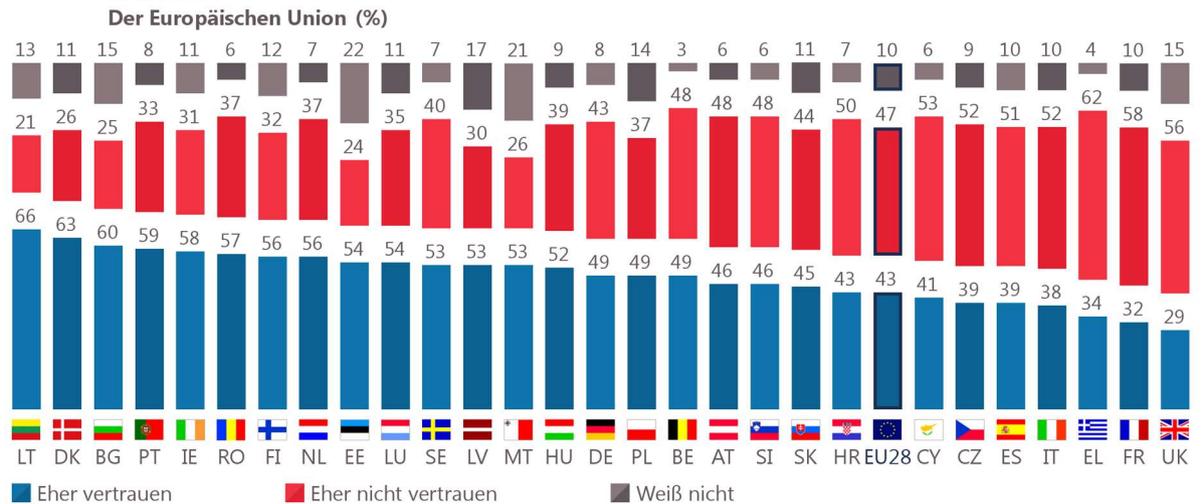


2 Vertrauen in die Europäische Union: nationale Ergebnisse und Entwicklungen

Eine Mehrheit der Befragten in 18 Mitgliedstaaten (im Frühjahr 2019 waren es 20) **gibt an, Vertrauen in die EU zu haben.** Am weitesten verbreitet ist dieses Vertrauen unter den Befragten in Litauen (66%), Dänemark (63%) und Bulgarien (60%). Daneben gibt es eine Reihe weiterer Länder, in denen mehr als die Hälfte der Befragten angibt, der EU „eher zu vertrauen“, namentlich Portugal (59%), Irland (58%), Rumänien (57%), die Niederlande und Finnland (jeweils 56%), Estland und Luxemburg (jeweils 54%), Lettland, Malta und Schweden (jeweils 53%) sowie Ungarn (52%). In Deutschland, Polen, Belgien (jeweils 49%) und in der Slowakei (45%) hat eine relative Mehrheit eher Vertrauen in die EU.

Im Gegensatz dazu sind die Anteile an Befragten, die der EU vertrauen, im Vereinigten Königreich (29%), in Frankreich (32%) und in Griechenland (34%) am geringsten.

QA6a.14 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Medien und Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Medien und Institutionen, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?



Auf nationaler Ebene ist das **Vertrauen in die EU** seit der Umfrage vom Frühjahr 2019 in **12 Mitgliedstaaten gestiegen**. Dies gilt insbesondere für Bulgarien (60%, +5 Prozentpunkte) und Rumänien (57%, +5). In 15 Mitgliedstaaten ist das Vertrauen in die EU im selben Zeitraum hingegen gesunken, und zwar am stärksten auf Zypern (41%, -13), in Spanien (39%, -8), Litauen (66%, -6), Estland (54%, -6) und Österreich (46%, -6). Im Vereinigten Königreich hat sich die öffentliche Meinung in diesem Punkt nicht verändert (29%). Die beobachteten Meinungsänderungen haben zur Folge, dass die Befragten in der Slowakei der EU aktuell mehrheitlich vertrauen, wohingegen die Mehrheit der Befragten in Spanien, auf Zypern und in Österreich der EU derzeit eher nicht vertraut.

QA6a.14 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Medien und Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Medien und Institutionen, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?

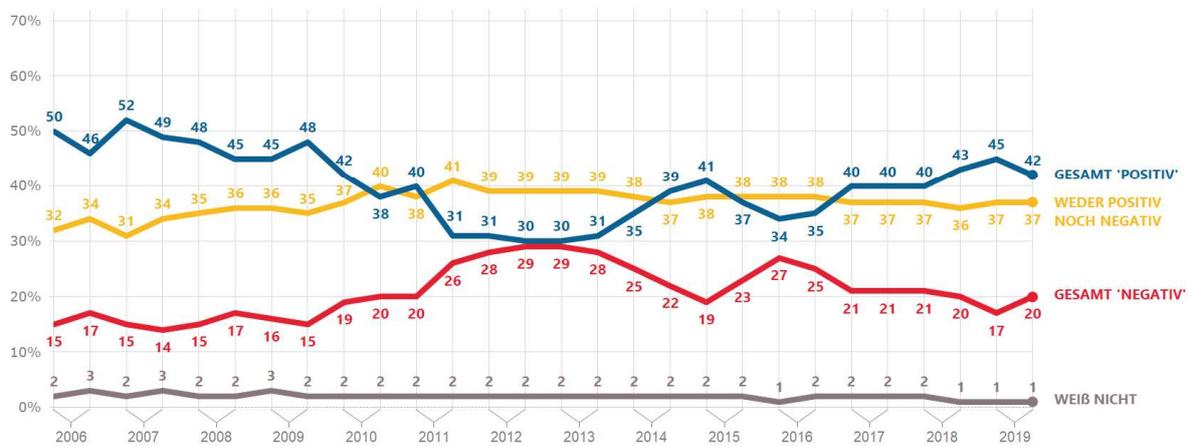
Der Europäischen Union (%)

		Eher vertrauen	Hbst.2019 - Fr.2019	Eher nicht vertrauen	Hbst.2019 - Fr.2019	Weiß nicht
EU28		43	▼ 1	47	▲ 1	10
EURO-ZONE		43	▼ 1	48	▲ 1	9
NICHT EURO-ZONE		43	▼ 1	45	=	12
BG		60	▲ 5	25	▼ 3	15
RO		57	▲ 5	37	▼ 4	6
IE		58	▲ 4	31	▼ 2	11
CZ		39	▲ 3	52	▼ 3	9
PT		59	▲ 2	33	=	8
NL		56	▲ 2	37	▼ 1	7
LV		53	▲ 2	30	▼ 1	17
EL		34	▲ 2	62	▼ 4	4
DE		49	▲ 1	43	▲ 1	8
SI		46	▲ 1	48	▼ 2	6
SK		45	▲ 1	44	▼ 2	11
IT		38	▲ 1	52	▼ 3	10
UK		29	=	56	=	15
FR		32	▼ 1	58	▲ 2	10
FI		56	▼ 2	32	▲ 2	12
BE		49	▼ 2	48	▲ 3	3
MT		53	▼ 3	26	▲ 6	21
SE		53	▼ 3	40	▲ 3	7
HU		52	▼ 3	39	▼ 1	9
HR		43	▼ 3	50	▲ 2	7
DK		63	▼ 5	26	▲ 2	11
LU		54	▼ 5	35	▲ 4	11
PL		49	▼ 5	37	▲ 2	14
LT		66	▼ 6	21	▲ 5	13
EE		54	▼ 6	24	▲ 1	22
AT		46	▼ 6	48	▲ 6	6
ES		39	▼ 8	51	▲ 5	10
CY		41	▼ 13	53	▲ 13	6

3 Das Bild der Europäischen Union: Trend

Das positive Bild der EU hat sich etwas abgeschwächt. Aktuell ruft die EU bei 42% der Befragten ein positives Bild hervor (-3 Prozentpunkte). Trotzdem ist dieser Wert noch immer höher als die Werte, die zwischen Herbst 2010 und Frühjahr 2018 verzeichnet wurden. Der Anteil an Befragten, die ein neutrales Bild von der EU haben, liegt aktuell weiter bei 37% und hat sich gegenüber der letzten Umfrage vom Frühjahr nicht verändert. Gleichzeitig ist der Anteil an Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben, um 3 Prozentpunkte auf jetzt 20% gestiegen. Nur 1% der Befragten beantwortet die Frage mit „weiß nicht“.

D78 Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?
(% - EU)



4 Das Bild der Europäischen Union: Entwicklungen und nationale Ergebnisse

In 18 EU-Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Befragten ein **positives Bild** von der EU (im Frühjahr 2019 waren es 20). Die höchsten Anteile sind in Irland (63%), Bulgarien (61%) und Portugal (59%) zu verzeichnen. Die weiteren Länder, in denen mindestens die Hälfte der Befragten ein positives Bild von der EU haben, sind: Dänemark (55%), Luxemburg (54%), Ungarn (53%), Rumänien (52%) sowie Deutschland, Schweden, Litauen und Polen (jeweils 50%).

Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2019 ist der Anteil an Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, in 17 Mitgliedstaaten zurückgegangen. Am stärksten zu beobachten ist dieser Rückgang auf Zypern (37%, -10 Prozentpunkte), in Rumänien (52%, -8), in den Niederlanden (43%, -7) und in Österreich (38%, -7). Im Vergleichszeitraum gestiegen ist der Anteil an Befragten, bei denen die EU ein positives Bild hervorruft, hingegen in sieben Mitgliedstaaten (Anstiege von 1 oder 2 Prozentpunkten). In Schweden, Slowenien, Frankreich und Irland sind die diesbezüglichen Anteile unverändert.

Ein überwiegend **neutrales Bild** von der EU haben hingegen die Befragten in zehn Mitgliedstaaten (im Frühjahr 2019 waren es acht), allen voran in der Slowakei (55%), in Spanien, auf Malta (jeweils 45%), in Tschechien sowie in Kroatien (jeweils 44%).

Griechenland ist der einzige Mitgliedstaat der EU, in dem die EU bei mehr als drei von zehn Befragten (32%) ein **negatives Bild** hervorruft. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Mehrheit ein neutrales Bild von der EU hat (37% neutral und 31% positiv).

- D78** Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?
(%)

		Gesamt 'Positiv'	Hbst.2019 - Fr.2019	Weder positiv noch negativ	Hbst.2019 - Fr.2019	Gesamt 'Negativ'	Hbst.2019 - Fr.2019	Weiß nicht
EU28		42	▼ 3	37	=	20	▲ 3	1
BG		61	▲ 2	22	▼ 4	13	▲ 2	4
EE		49	▲ 2	41	▼ 1	9	=	1
BE		40	▲ 2	36	▼ 7	24	▲ 5	0
CZ		31	▲ 2	44	=	24	▼ 3	1
DK		55	▲ 1	32	=	13	=	0
HU		53	▲ 1	37	=	10	▼ 1	0
FI		45	▲ 1	40	▼ 3	14	▲ 2	1
IE		63	=	29	▲ 3	7	▼ 3	1
SE		50	=	30	▼ 3	20	▲ 3	0
SI		44	=	39	▼ 2	16	▲ 1	1
FR		36	=	35	▼ 4	28	▲ 4	1
PT		59	▼ 1	29	▼ 5	11	▲ 6	1
DE		50	▼ 1	36	=	13	▲ 1	1
LV		42	▼ 2	47	▲ 1	10	▲ 1	1
HR		41	▼ 2	44	=	15	▲ 2	0
UK		36	▼ 2	33	▲ 5	28	▼ 3	3
EL		31	▼ 2	37	▼ 2	32	▲ 4	0
LU		54	▼ 3	32	▲ 2	14	▲ 2	0
LT		50	▼ 3	43	▲ 2	6	▲ 1	1
SK		33	▼ 3	55	▲ 8	12	▼ 3	0
PL		50	▼ 4	40	▲ 2	9	▲ 2	1
ES		39	▼ 5	45	▲ 3	14	▲ 1	2
IT		33	▼ 5	40	=	25	▲ 5	2
MT		41	▼ 6	45	▲ 3	11	▲ 4	3
NL		43	▼ 7	35	▲ 2	22	▲ 5	0
AT		38	▼ 7	40	▲ 3	22	▲ 5	0
RO		52	▼ 8	35	▲ 7	11	▲ 1	2
CY		37	▼ 10	42	▲ 3	21	▲ 7	0

II. DIE DEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

1 Meine Stimme zählt in der EU: Trend und nationale Ergebnisse

Aktuell stimmen 45% der EU-Bürger der Aussage zu, dass ihre Stimme in der EU zählt. Damit liegt dieser Wert deutlich unter dem der letzten Umfrage (-11 Prozentpunkte) vom Frühjahr 2019, die kurz nach den Europawahlen durchgeführt wurde¹⁰. Gleichzeitig markiert das aktuelle Ergebnis eine Umkehr des kontinuierlichen Aufwärtstrends, der zwischen Frühjahr 2016 und Frühjahr 2019 (von 38% auf 56%) zu beobachten war. Die Mehrheit der Europäer stimmt indes aktuell nicht mehr zu, dass ihre Stimme in der EU zählt (50%, +11 Prozentpunkte).

D72.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Meine Stimme zählt in der EU (% - EU)

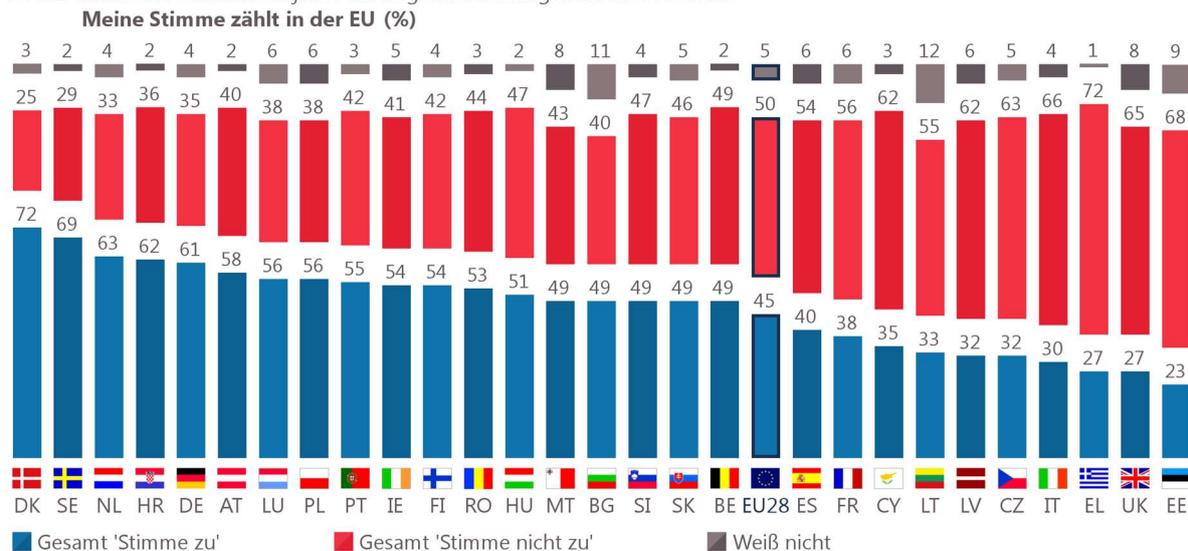


¹⁰ Die Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2019 wurde in der Zeit zwischen dem 7. und 25. Juni in den Mitgliedstaaten der EU28 durchgeführt, d. h. nach der Wahl zum Europäischen Parlament.

In 17 Mitgliedstaaten (im Frühjahr 2019 waren es 20) stimmt eine Mehrheit der Befragten zu, dass ihre Stimme in der EU zählt. An der Spitze dieser Gruppe stehen Dänemark (72%), Schweden (69%) und die Niederlande (63%). Dahinter folgen Kroatien, Deutschland, Österreich, Luxemburg, Polen, Portugal, Irland, Finnland, Rumänien und Ungarn, wo dem ebenfalls mehr als 50% der Befragten zustimmen. In der Slowakei, in Slowenien, auf Malta und in Bulgarien (jeweils 49%) stimmt eine relative Mehrheit zu. Die Befragten in Belgien sind diesbezüglich geteilter Meinung (49% stimmen zu und 49% stimmen nicht zu). In insgesamt zehn Mitgliedstaaten stimmt eine Mehrheit der Befragten hingegen nicht zu, dass ihre Stimme in der EU zählt. Die Anteile in diesen Ländern bewegen sich zwischen 72% in Griechenland, 68% in Estland, 66% in Italien und 54% in Spanien, 55% in Litauen und 56% in Frankreich.

Die Zustimmung zu dieser Aussage ist gegenüber der Umfrage vom Frühjahr 2019 in 23 Mitgliedstaaten zurückgegangen und in vier Mitgliedstaaten sogar um mindestens 15 Prozentpunkte. Dies sind Belgien (49%, -19 Prozentpunkte), Schweden (69%, -17), Irland (54%, -15) und Frankreich (38%, -15). In den fünf anderen Mitgliedstaaten ist eine höhere Zustimmung als bei der letzten Umfrage zu verzeichnen, allen voran in Portugal (55%, +6). Diese Veränderungen in der öffentlichen Meinung seit dem Frühjahr 2019 haben dazu geführt, dass die Ablehnung dieser Aussage mittlerweile die vorherrschende Meinung in Spanien und Frankreich ist.

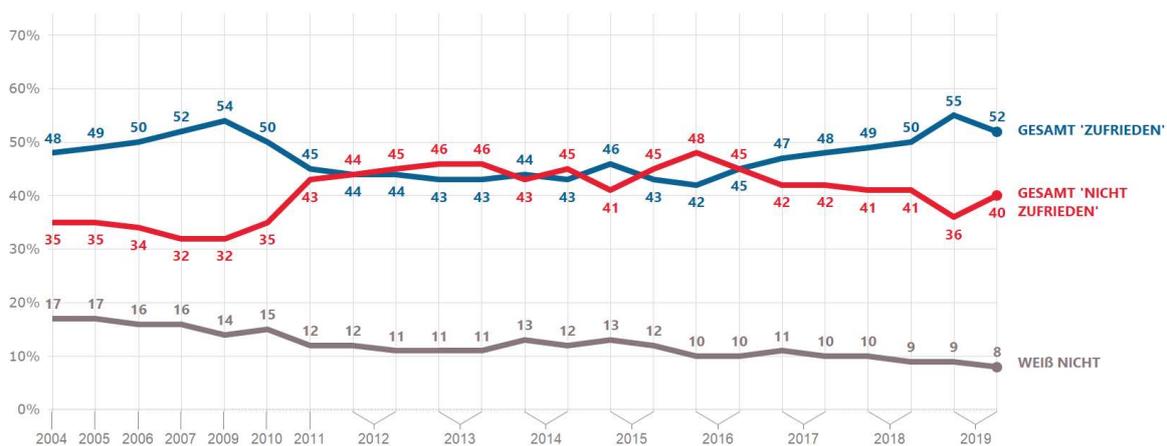
D72.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?



2 Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert: Trend und nationale Ergebnisse

Mehr als die Hälfte der Europäer **ist nach eigenen Angaben zufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert (52%)**. Damit ist der Trend einer zunehmenden Zufriedenheit, der seit Frühjahr 2016 beobachtet werden konnte, zum Stillstand gekommen und hat sich mit einem Rückgang um 3 Prozentpunkte gegenüber dem Frühjahr 2019 sogar umgedreht. Nichtsdestotrotz ist die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU nach wie vor auf dem zweithöchsten Stand seit 2009. Parallel zu der aufgezeigten Entwicklung ist der Anteil an Befragten, die mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, nicht zufrieden sind, gestiegen, und zwar um 4 Prozentpunkte auf aktuell 40%. Weniger als jeder zehnte Europäer beantwortet die Frage mit „weiß nicht“ (8%, -1).

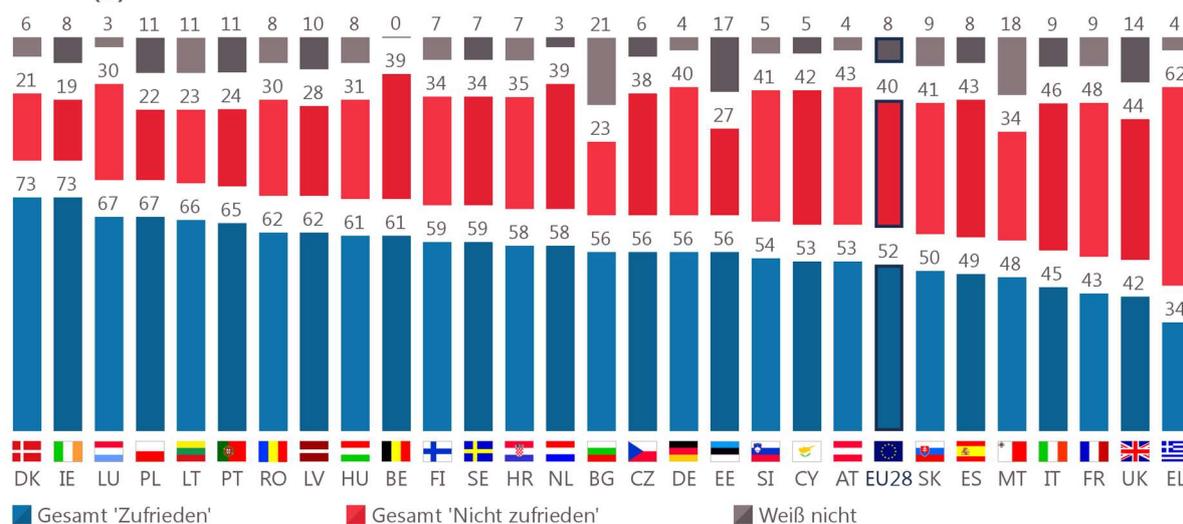
QA17b Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert?
(% - EU)



Eine Mehrheit der Befragten in 24 Mitgliedstaaten (im Frühjahr 2019 waren es 27) ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, zufrieden. Die höchsten Anteile sind dabei in Dänemark, Irland (jeweils 73%), Luxemburg, Polen (jeweils 67%) und Litauen (66%) zu verzeichnen. Am anderen Ende der Skala innerhalb dieser Gruppe stehen Malta (48%), Spanien (49%) und die Slowakei (50%). In insgesamt vier Ländern gibt eine Mehrheit der Befragten an, mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU „nicht zufrieden“ zu sein, und zwar in Griechenland (62%), Frankreich (48%), Italien (46%) und im Vereinigten Königreich (44%).

Betrachtet man die Entwicklung seit der Umfrage vom Frühjahr 2019, so ist in 24 Mitgliedstaaten ein Rückgang an Befragten zu beobachten, die zufrieden sind, wie die Demokratie in der EU funktioniert. Der stärkste Rückgang ist auf Malta (48%, -13 Prozentpunkte) festzustellen, gefolgt von Finnland (59%, -8), Portugal (65%, -7), Zypern (53%, -7) und Italien (45%, -7). Rumänien (62%, +3) und Tschechien (56%, +2) sind die einzigen Mitgliedstaaten, in denen die Zufriedenheit mit diesem Punkt zugenommen hat. In Bulgarien und Luxemburg hat sich die diesbezügliche öffentliche Meinung nicht geändert. Infolge dieser Entwicklungen ist die öffentliche Meinung in Frankreich, Italien und im Vereinigten Königreich von mehrheitlich zufrieden auf mehrheitlich unzufrieden umgeschwenkt.

QA17b Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert? (%)



III. EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT

1 Das Gefühl, Bürger der Europäischen Union zu sein: nationale Ergebnisse

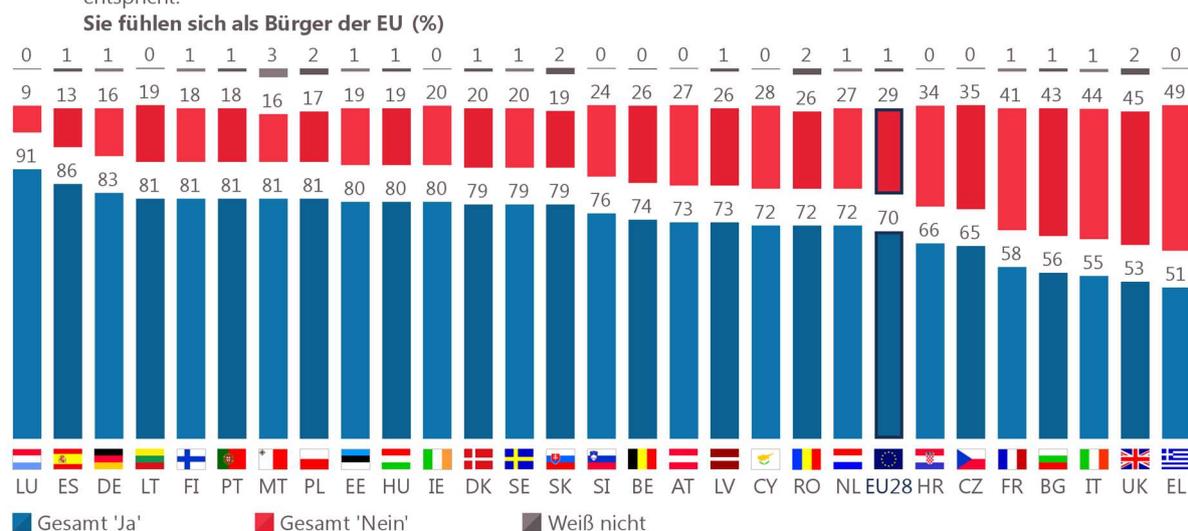
Eine Mehrheit der Befragten in allen EU-Mitgliedstaaten fühlt sich – wie bereits seit Frühjahr 2018 – als Bürger der EU. Im EU-Durchschnitt tun dies nach eigenen Angaben sieben von zehn Befragten (70%, -3 Prozentpunkte seit Frühjahr 2019). Im Gegensatz dazu geben 29% an, sich nicht als Bürger der EU zu fühlen (+3).

Im Ländervergleich bewegen sich die Anteile an Befragten, die sich als Bürger der EU fühlen, zwischen 91% in Luxemburg und 51% in Griechenland. Neben Luxemburg gibt es noch zehn weitere Länder, in denen sich mindestens acht von zehn Befragten als EU-Bürger fühlen: Spanien (86%), Deutschland (83%), Litauen, Finnland, Portugal, Malta und Polen (jeweils 81%) sowie Estland, Ungarn und Irland (jeweils 80%). In Griechenland (51%), im Vereinigten Königreich (53%), in Italien (55%), Bulgarien (56%) und Frankreich (58%) ist der Anteil an Befragten, die angeben, sich als Bürger der Europäischen Union zu fühlen, am geringsten.

Das Gefühl, EU-Bürger zu sein, ist in fünf Ländern aktuell weiter verbreitet als im Frühjahr 2019 (im Frühjahr 2019 waren noch Anstiege in 22 Ländern im Vergleich zur vorangegangenen Umfrage zu verzeichnen). Gleichwohl ist Tschechien das einzige Land, in dem ein Zuwachs um mehr als vier Prozentpunkte zu verzeichnen ist (65%, +7 Prozentpunkte). In 22 Ländern ist das Gefühl, Bürger der EU zu sein, hingegen zurückgegangen, und dabei am stärksten in Belgien (74%, -7), Griechenland (51%, -6) und Frankreich (58%, -6).

Auf Malta hat sich die öffentliche Meinung diesbezüglich nicht geändert.

QC2.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.



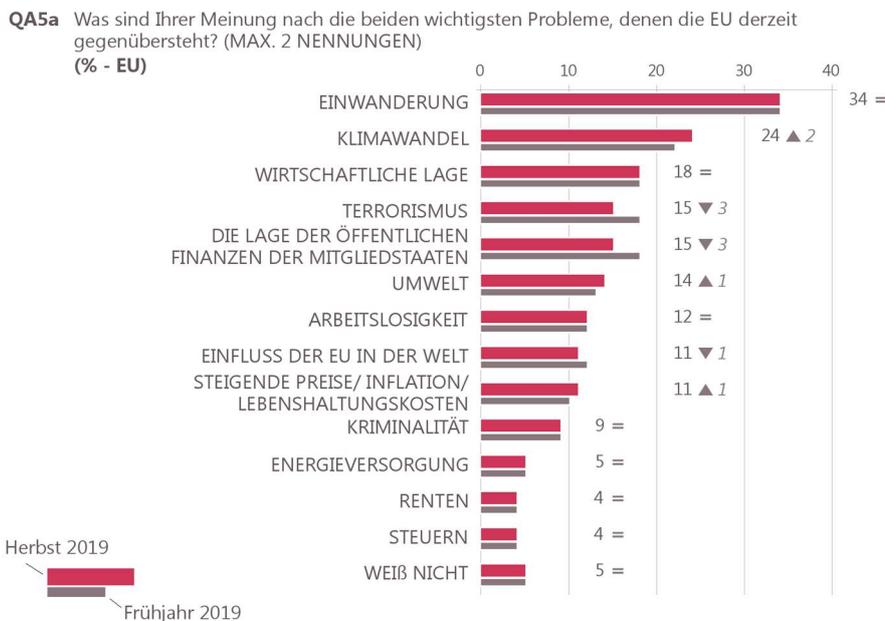
IV. DIE DRINGLICHSTEN SORGEN DER EUROPÄER

1 Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: Trend

Mehr als ein Drittel der Europäer sieht in der **Einwanderung das größte Problem, dem die EU gegenübersteht** (34%, unverändert seit Frühjahr 2019).¹¹ Damit liegt dieses Thema auf Platz eins der wichtigsten Probleme auf EU-Ebene. Nichtsdestotrotz ist der Anteil an Befragten, die darin das dringlichste Problem der EU sehen, nach wie vor auf dem niedrigsten Stand seit Herbst 2014. Der **Klimawandel** wird im Vergleich zur letzten Umfrage häufiger genannt und liegt weiter an zweiter Stelle der aus Sicht der EU-Bürger wichtigsten Probleme auf Ebene der EU (24%, +2 Prozentpunkte). Der Anteil an Befragten, die den Klimawandel nennen, ist seit der Umfrage vom Frühjahr 2017 um 16 Prozentpunkte und seit der Umfrage vom Frühjahr 2014 um 19 Prozentpunkte gestiegen.

Die **wirtschaftliche Lage** (18%, unverändert) steht an dritter Stelle und die **Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten** (15%, -3 Prozentpunkte) und **Terrorismus** (15%, -3) liegen gemeinsam an vierter Stelle. Das Thema Terrorismus gehört zwar nach wie vor zu den dringlichsten Sorgen der Europäer, allerdings ist der Anteil an Befragten, die darin eines der wichtigsten Probleme sehen, seit Frühjahr 2017 kontinuierlich gesunken, und zwar um insgesamt 29 Prozentpunkte.

An sechster Stelle steht das Thema **Umwelt** mit aktuell 14%, was einem Anstieg von einem Prozentpunkt gegenüber der Umfrage vom Frühjahr 2019 und von 9 Prozentpunkten seit Frühjahr 2014 entspricht. Dahinter folgt die **Arbeitslosigkeit** an siebter Stelle (12%, unverändert). Gemeinsam an achter Stelle stehen **der Einfluss der EU in der Welt** (11%, -1) sowie **steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten** (11%, +1), gefolgt von **Kriminalität** (9%, unverändert) auf Platz zehn. Alle anderen Themen, die abgefragt wurden, werden von 5% oder weniger der Befragten genannt: **Energieversorgung** (5%, unverändert), **Steuern** (4%, unverändert) und **Renten** (4%, unverändert).

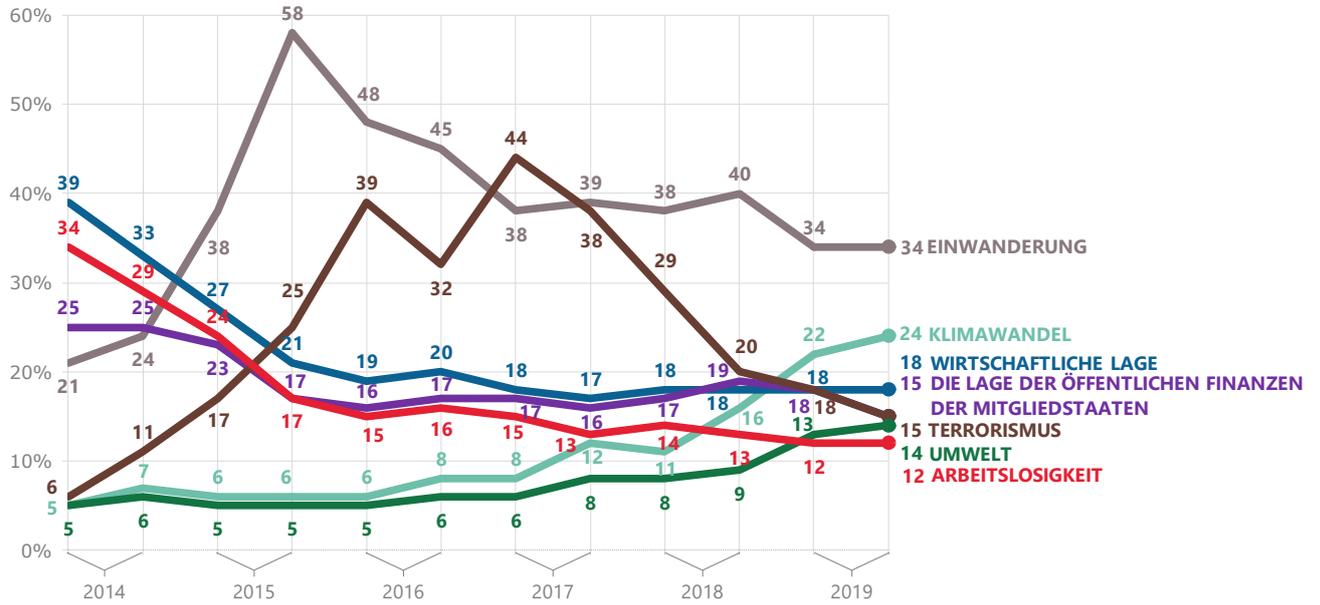


Maximal zwei Nennungen – alle Items

Diese Frage wurde bei der Umfrage im Herbst 2019 nur der Hälfte der Stichprobe (Split A) gestellt

¹¹ Die Befragten wurden nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen unterteilt. Der einen Gruppe (Split A) wurde die Frage mit genau den gleichen Items wie bei den vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Umfragen gestellt. Der anderen Gruppe (Split B) wurde die Frage in einer überarbeiteten Version gestellt, und zwar wurden „Umwelt und Klimawandel“ zu einem Item zusammengefasst. Die Trendanalyse erfolgt daher nur anhand der Antworten auf die Frage, die Split A gestellt wurde.

QA5a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?
(% - EU)



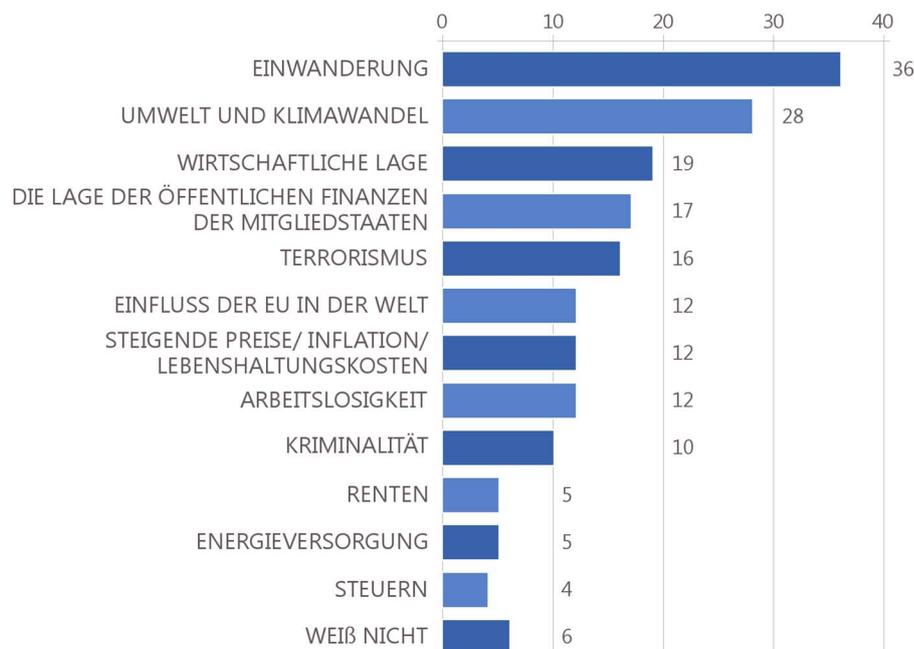
Maximal zwei Nennungen – die sieben meistgenannten Items
Diese Frage wurde bei der Umfrage im Herbst 2019 nur der Hälfte der Stichprobe (Split A) gestellt

Der Hälfte der Befragten wurde die Frage in einer überarbeiteten Form gestellt, bei der „Umwelt und Klimawandel“ zu einem Item zusammengefasst wurden. Alle anderen Items waren identisch. Für die Befragten, die zu dieser Hälfte der Stichprobe (Split B) gehören, ist die **Einwanderung** weiterhin das wichtigste Problem (36%), gefolgt von **Umwelt und Klimawandel** an zweiter Stelle (28%).

Die **wirtschaftliche Lage** liegt an dritter Stelle (19%). Auf Platz vier und fünf folgen **die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten** (17%) und **Terrorismus** (16%). Alle drei Items werden etwas häufiger als von den Befragten in Split A genannt.

Der Einfluss der EU in der Welt, steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten und **Arbeitslosigkeit** liegen gleichauf an sechster Stelle und werden jeweils von 12% der Befragten genannt. Das Thema **Kriminalität** rangiert auf Platz neun und wird von jedem zehnten Befragten dieser Gruppe genannt (10%). Alle anderen Themen werden von 5% oder weniger der Befragten angeführt: **Renten**, **Energieversorgung** (jeweils 5%) und **Steuern** (4%).

QA5b Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?
(MAX. 2 NENNUNGEN)
(% - EU)



Maximal zwei Nennungen – alle Items
Die Frage wurde der Hälfte der Stichprobe (Split B) gestellt

2 Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: nationale Ergebnisse

Einwanderung und Klimawandel sind die einzigen Themen, die im Ländervergleich auf Platz eins der wichtigsten Probleme zu finden sind, denen die EU gegenübersteht.¹²

Die **Einwanderung**, die im EU-Durchschnitt von 34% der Befragten genannt wird, betrachten die Befragten in 26 Mitgliedstaaten (im Frühjahr 2019 waren es 21) als wichtigstes Problem. Der höchste Anteil ist auf Malta (66%) zu verzeichnen, gefolgt von Zypern (60%) und Slowenien (53%). In Österreich liegt dieses Thema ebenfalls auf Platz eins, gleichauf mit dem Klimawandel (jeweils 27%). In Schweden (36%) und Irland (28%) liegt die Einwanderung auf Platz zwei der wichtigsten Probleme, denen die EU aus Sicht der Befragten gegenübersteht.

Der **Klimawandel** wird EU-weit von 24% der Befragten erwähnt und steht nach Ansicht der Befragten in Schweden (48%), Irland (30%) und Österreich (27%) an erster Stelle der wichtigsten Probleme. In Österreich teilen sich die Themen Klimawandel und Einwanderung den ersten Platz. In insgesamt 12 Mitgliedstaaten ist der Klimawandel das am zweithäufigsten genannte Problem. An der Spitze dieser Gruppe stehen die Niederlande (45%) und Dänemark (43%). In Litauen steht der Klimawandel gemeinsam mit dem Problem des Terrorismus an zweiter Stelle. Darüber hinaus rangiert der Klimawandel in fünf Ländern auf Platz drei der nach Ansicht der Befragten größten Probleme auf EU-Ebene. In Estland teilen sich der Klimawandel und der Einfluss der EU in der Welt den dritten Platz.

Die wirtschaftliche Lage, die im EU-Durchschnitt mit 18% auf Platz drei liegt, rangiert in Spanien und Griechenland mit 27% bzw. 24% jeweils auf Platz zwei.

Die **Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten**, die EU-weit gemeinsam mit Terrorismus an vierter Stelle (15%) steht, liegt in Portugal (24%) und Österreich (22%) hingegen an zweiter Stelle. In der Slowakei belegt das Thema gemeinsam mit steigenden Preisen/Inflation/Lebenshaltungskosten Rang drei der wichtigsten Probleme auf EU-Ebene. Das Thema **Terrorismus**, das EU-weit ebenfalls an vierter Stelle steht (15% auf EU-Ebene), ist in zehn Ländern auf Platz zwei der Probleme zu finden, die nach Ansicht der Befragten die wichtigsten Probleme für die EU darstellen. An der Spitze dieser Ländergruppe stehen Bulgarien (32%), Tschechien (31%) und Litauen (25%). In drei Mitgliedstaaten – Frankreich, Polen und Portugal – liegt das Thema auf Platz drei.

Das Thema **Umwelt**, das EU-weit von 14% der Befragten genannt wird und damit an sechster Stelle liegt, ist in den Niederlanden (22%), in Dänemark und auf Malta (jeweils 20%) die dritthäufigste Antwort. Gleiches gilt für Österreich, wo der Einfluss der EU in der Welt jedoch von einem ebenso hohen Anteil an Befragten genannt wird (jeweils 18%).

Die **Arbeitslosigkeit**, die EU-weit an siebter Stelle (12% in der EU als Ganzes) liegt, rangiert in Italien auf Platz zwei (29%). Damit ist Italien das einzige Land, in dem die Arbeitslosigkeit unter den Top Drei der wichtigsten Probleme ist, denen die EU nach Ansicht der Befragten gegenübersteht.

Den Einfluss der EU in der Welt sowie **steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten** nennen im EU-Durchschnitt jeweils 11% der Bürger. Damit liegen diese beiden Themen gemeinsam auf Platz acht. In Schweden (19%), Österreich (18%) und Estland (17%) ist der Einfluss der EU in der Welt hingegen die dritthäufigste Antwort. In der Slowakei (17%) und in Rumänien (16%) gilt dies für steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten.

¹² Ergebnisse Split A.

Die anderen Themen (**Kriminalität, Energieversorgung, Renten und Steuern**) werden im EU-Durchschnitt von weniger als 10% der Befragten genannt. Auch im Ländervergleich ist nur das Problem der Kriminalität unter den Top Drei der wichtigsten Probleme zu finden, und das auch nur in einem Mitgliedstaat, und zwar auf Zypern auf Platz drei mit 22%.

QA5a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (%)

	Einwanderung	Klimawandel	Wirtschaftliche Lage	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Terrorismus	Umwelt	Arbeitslosigkeit	Einfluss der EU in der Welt	Steigende Preise/ Inflation/ Lebenshaltungskosten	Kriminalität	Energieversorgung	Renten	Steuern
EU28	34	24	18	15	15	14	12	11	11	9	5	4	4
BE	44	28	18	16	15	14	7	11	12	10	5	5	5
BG	48	10	14	10	32	9	5	11	9	9	6	4	3
CZ	48	15	8	14	31	14	4	10	11	12	3	5	3
DK	46	43	11	7	18	20	7	11	2	10	3	1	2
DE	38	31	12	23	11	17	6	17	8	11	6	4	3
EE	52	17	15	13	20	7	4	17	8	7	6	1	2
IE	28	30	19	7	14	15	10	16	17	9	8	3	2
EL	51	11	24	22	15	11	12	14	6	13	3	3	5
ES	29	23	27	11	12	16	16	6	6	4	3	6	4
FR	30	24	16	13	20	18	15	8	17	8	6	6	3
HR	46	18	15	20	24	6	7	12	12	11	5	3	2
IT	34	18	25	13	10	9	29	5	12	9	5	6	9
CY	60	17	18	10	23	8	15	3	8	22	1	1	2
LV	46	18	16	14	20	7	9	13	12	6	2	4	6
LT	41	25	15	10	25	2	4	11	12	7	2	3	8
LU	31	23	14	21	10	19	13	16	9	12	4	9	2
HU	40	21	19	20	22	8	6	11	12	12	7	4	3
MT	66	26	4	6	11	20	10	4	8	11	3	1	1
NL	48	45	13	20	11	22	2	19	3	5	3	1	1
AT	27	27	16	22	10	18	12	18	11	11	7	6	5
PL	31	20	13	13	19	15	5	10	14	10	8	4	5
PT	26	16	16	24	17	10	8	10	6	6	3	2	5
RO	24	15	16	15	23	11	9	7	16	12	8	8	8
SI	53	18	17	9	15	11	7	11	8	9	6	5	5
SK	47	15	13	17	21	13	4	11	17	14	3	5	3
FI	38	31	13	26	17	15	5	22	5	7	3	2	2
SE	36	48	15	14	15	18	9	19	2	10	7	2	1
UK	26	23	21	11	11	10	11	13	10	9	2	2	2

DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

Maximal zwei Nennungen – alle Items
Ergebnisse Split A

Der Hälfte der Stichprobe wurde die Frage in einer überarbeiteten Version gestellt (Split B). In der geänderten Version sind die Umweltaspekte in einem Item zusammengefasst: „Umwelt und Klimawandel“. In dieser Formulierung ist dieses Item das am häufigsten genannte in Schweden (59%), Dänemark (53%), Finnland (45%), Irland (35%) und Österreich (30%). In Österreich liegt dieses Item gemeinsam mit Einwanderung an erster Stelle. In 11 Mitgliedstaaten stehen Umwelt und Klimawandel an zweiter Stelle (in der Slowakei gemeinsam mit der Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten) und in sechs Ländern an dritter Stelle. In zwei dieser Länder, namentlich in Bulgarien und Portugal, liegt jeweils noch ein anderes Thema ebenfalls an dritter Stelle.

QA5b Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (%)

	Einwanderung	Umwelt und Klimawandel	Wirtschaftliche Lage	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Terrorismus	Einfluss der EU in der Welt	Steigende Preise/ Inflation/ Lebenshaltungskosten	Arbeitslosigkeit	Kriminalität	Energieversorgung	Renten	Steuern
EU28	36	28	19	17	16	12	12	12	10	5	5	4
BE	45	35	17	16	15	10	12	8	9	10	7	4
BG	48	14	11	11	28	10	14	3	12	5	4	4
CZ	51	22	6	16	30	10	10	3	13	2	7	4
DK	42	53	12	11	20	13	4	9	11	3	3	3
DE	42	35	14	24	12	16	11	8	9	4	5	3
EE	51	24	12	15	19	17	7	5	7	6	3	1
IE	26	35	21	12	16	15	20	12	8	7	2	5
EL	55	14	24	24	23	13	5	11	14	5	2	4
ES	31	22	23	14	13	8	10	18	5	3	9	2
FR	32	30	18	13	21	14	15	14	9	6	7	3
HR	43	17	16	19	26	13	10	12	14	4	2	2
IT	30	18	29	17	10	3	16	28	12	7	4	9
CY	60	20	21	15	22	5	8	14	17	2	1	3
LV	40	18	21	16	20	10	13	8	7	2	4	7
LT	42	24	11	13	30	10	10	8	8	3	3	8
LU	31	29	11	26	15	17	15	13	11	5	5	5
HU	41	21	17	25	26	12	8	9	8	9	5	4
MT	75	32	5	8	12	4	8	12	10	2	1	1
NL	52	46	13	26	13	20	3	3	5	6	3	1
AT	30	30	15	18	13	20	16	13	12	5	8	6
PL	35	26	13	13	23	10	14	3	11	6	5	6
PT	24	19	19	25	24	10	4	9	6	3	2	5
RO	25	22	14	17	19	12	14	7	15	11	7	10
SI	57	22	16	10	14	9	7	10	11	4	5	5
SK	42	22	12	22	20	12	19	5	16	5	6	3
FI	40	45	16	22	21	16	7	7	10	4	3	3
SE	40	59	13	14	14	16	2	7	14	12	1	0
UK	27	23	24	11	13	14	12	7	7	2	2	3

DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

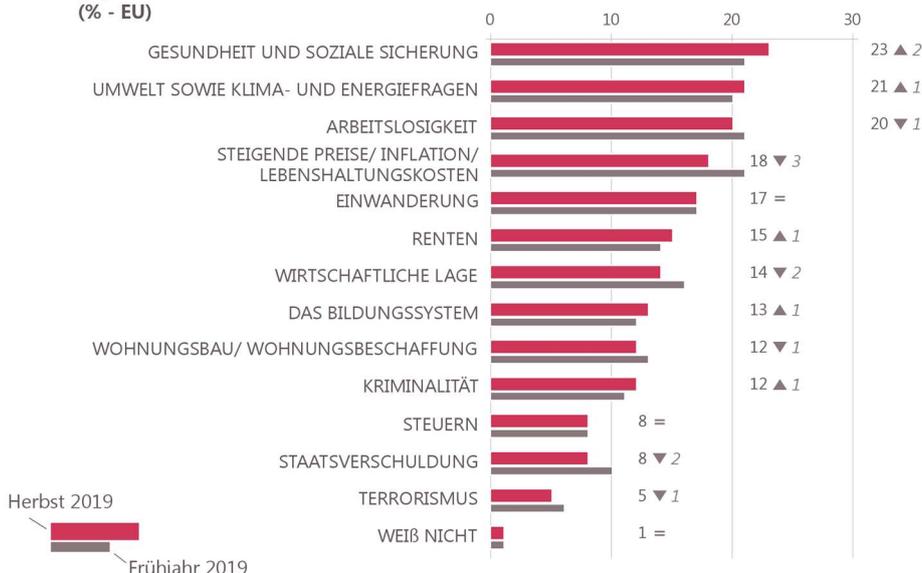
Maximal zwei Nennungen – alle Items
Ergebnisse Split B

3 Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: Trend

Gesundheit und soziale Sicherung gelten nach einem Anstieg von 2 Prozentpunkten gegenüber der Umfrage vom Frühjahr 2019 aktuell als das wichtigste nationale Thema (23%).¹³ Damit ist dieser Wert zwar genauso hoch wie im Frühjahr 2018, allerdings steht dieses Thema zum ersten Mal alleine an der Spitze der Probleme, die nach Meinung der Befragten auf nationaler Ebene am wichtigsten sind. **Umwelt sowie Klima- und Energiefragen** sind auf den zweiten Rang vorgerückt (21%, +1 Prozentpunkt). Das aktuelle Ergebnis ist damit 11 Prozentpunkte höher als im Frühjahr 2018 und 16 Prozentpunkte höher als im Frühjahr 2014. Die **Arbeitslosigkeit** liegt an dritter Stelle (20%, -1). Hier ist seit dem Höchststand im Frühjahr 2014 ein Rückgang um insgesamt 28 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Nachdem der Anteil an Befragten, die in diesem Zusammenhang **steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten** nennen, zwischen Herbst 2018 und Frühjahr 2019 unverändert war, ist aktuell ein Rückgang um drei Prozentpunkte auf 18% zu verzeichnen, was Rang vier entspricht. Das Thema **Einwanderung** wird unverändert von 17% der Befragten angeführt und liegt damit an fünfter Stelle. Im Vergleich zur Umfrage vom Herbst 2015, als 36% der Befragten darin eines der wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene sahen, ist jedoch ein Rückgang um 19 Prozentpunkte festzustellen. Das Thema **Renten** (15%, +1 Prozentpunkt) liegt an sechster Stelle, dicht gefolgt von der **wirtschaftlichen Lage** (14%, -2) und dem **Bildungssystem** (13%, +1). **Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung** (12%, -1) und **Kriminalität** (12%, +1) liegen gemeinsam an neunter Stelle. Platz elf teilen sich **Steuern** (8%, unverändert) und **Staatsverschuldung** (8%, -2), gefolgt von **Terrorismus** (5%, -1).

QA3a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 NENNUNGEN)
(% - EU)

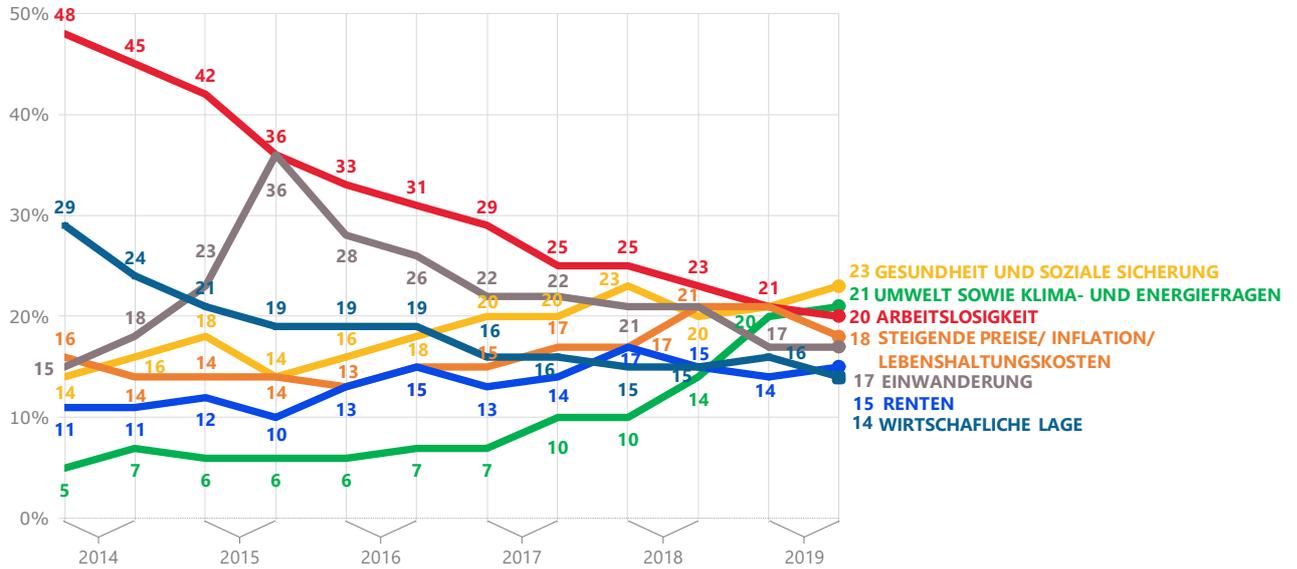


Maximal zwei Nennungen – alle Items

Diese Frage wurde bei der Umfrage im Herbst 2019 nur der Hälfte der Stichprobe (Split A) gestellt

¹³ Die Befragten wurden nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen unterteilt. Der einen Gruppe (Split A) wurde die Frage mit genau den gleichen Items wie bei den vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Umfragen gestellt. Der anderen Gruppe (Split B) wurde die Frage in einer überarbeiteten Version gestellt, und zwar wurde das Item „Umwelt sowie Klima- und Energiefragen“ in zwei Items unterteilt: „Umwelt und Klimawandel“ (dieses Item ist identisch mit dem Item zur Frage nach den wichtigsten Problemen, denen die Europäische Union gegenübersteht) und „Energieversorgung“. Die Trendanalyse erfolgt daher nur anhand der Antworten auf die Frage, die Split A gestellt wurde.

QA3a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?
(% - EU)



Maximal zwei Nennungen – die sieben meistgenannten Items
Diese Frage wurde bei der Umfrage im Herbst 2019 nur der Hälfte der Stichprobe (Split A) gestellt

Der Hälfte der Stichprobe wurde die Frage in einer überarbeiteten Version gestellt (Split B). In der geänderten Version wurde das Item „Umwelt sowie Klima- und Energiefragen“ in zwei neue Items unterteilt: „Umwelt und Klimawandel“ (dieses Item ist identisch mit dem Item zur Frage nach den wichtigsten Problemen, denen die Europäische Union gegenübersteht) und „Energieversorgung“. Alle anderen Items waren identisch. Diese Gruppe ist der gleichen Ansicht, was die vier wichtigsten nationalen Probleme betrifft: 22% der Befragten nennen **Gesundheit und soziale Sicherung**. Dahinter folgen mit jeweils 20% und damit gemeinsam an zweiter Stelle **Umwelt und Klimawandel**, **steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten** und **Arbeitslosigkeit**.

Die Themen **Einwanderung** und **wirtschaftliche Lage** liegen mit jeweils 16% gemeinsam an fünfter Stelle, dicht gefolgt von **Renten** auf Rang sieben (15%). Das **Bildungssystem** und **Kriminalität** rangieren mit jeweils 12% gemeinsam an achter Stelle, knapp vor **Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung** (11%).

Die anderen Items werden in diesem Zusammenhang von weniger als jedem zehnten Befragten angeführt: **Steuern** und **Staatsverschuldung** liegen gemeinsam auf Platz elf (jeweils 8%). Dahinter folgen **Terrorismus** (6%) und **Energieversorgung** (4%).

QA3b Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?
(MAX. 2 NENNUNGEN)
(% - EU)



Maximal zwei Nennungen – alle Items
Ergebnisse Split B

4 Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse

Gesundheit und soziale Sicherung wird als das wichtigste Problem auf nationaler Ebene angesehen und insgesamt von 23% der Befragten genannt.¹⁴ Darüber hinaus wird dies auch in acht Mitgliedstaaten am häufigsten genannt (im Frühjahr 2019 waren es sechs). Die höchsten Anteile sind dabei in Finnland (48%), in der Slowakei (45%) und Portugal (44%) zu verzeichnen. In insgesamt sieben Mitgliedstaaten rangiert dieses Thema auf Platz zwei der am häufigsten genannten Probleme, allen voran in Irland (39%), Bulgarien und Dänemark (jeweils 38%). In Estland liegen Gesundheit und soziale Sicherung sowie Renten gemeinsam auf Rang zwei (jeweils 27%). In Litauen wird Gesundheit und soziale Sicherung als das drittwichtigste nationale Problem angesehen (jeweils 23%). Dies trifft auch auf Österreich zu, wo die Punkte Arbeitslosigkeit sowie steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten (jeweils 18%) aber genauso oft genannt werden.

Umwelt sowie Klima- und Energiefragen werden im EU-weiten Durchschnitt als das zweitwichtigste Problem auf nationaler Ebene angesehen und insgesamt von 21% der Befragten genannt. In den Niederlanden (66%), Dänemark (49%), Deutschland (34%) und Österreich (22%) stehen Umwelt sowie Klima- und Energiefragen sogar an der Spitze der nationalen Probleme. In fünf Ländern rangiert dieses Problem nach Meinung der dortigen Befragten an zweiter Stelle, allen voran in Schweden (37%) und auf Malta (35%), sowie in Frankreich (23%) und im Vereinigten Königreich (22%) an dritter Stelle.

Die **Arbeitslosigkeit**, die mit 20% der Nennungen im EU-Durchschnitt an dritter Stelle der größten nationalen Probleme rangiert, ist nach Meinung der Befragten in Spanien (51%), Italien (44%) und Frankreich (30%) das wichtigste nationale Problem. Die Befragten in Griechenland (44%) und Kroatien (26%) stufen dies hingegen als ihr zweitwichtigstes nationales Problem ein. In der Slowakei liegt dieses Thema zusammen mit der wirtschaftlichen Lage an dritter Stelle (jeweils 15%) und auch in Österreich ist dieses Thema – neben anderen – auf Platz drei zu finden.

Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten liegen auf EU-Ebene mit 18% der Nennungen an vierter Stelle. In insgesamt sechs Mitgliedstaaten halten die Befragten dies jedoch für ihr größtes nationales Problem. Dies gilt insbesondere für Litauen (52%), Polen (44%) und Bulgarien (43%). In insgesamt fünf Ländern ist dies die am zweithäufigsten registrierte Antwort – allen voran in der Slowakei mit 38% – und in fünf Mitgliedstaaten die dritthäufigste.

Das Thema **Einwanderung** wird EU-weit von 17% der Befragten genannt und liegt damit auf Platz fünf. Auf Malta (65%), in Griechenland (47%) und Belgien (26%) steht die Einwanderung hingegen ganz oben auf der Liste der wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene. Auf Zypern (29%), in Deutschland (26%) und Österreich (20%) betrachten die Befragten dies als das zweitwichtigste Problem in ihrem Land. Gleiches gilt für Italien, wo die wirtschaftliche Lage aber ebenfalls an zweiter Stelle der größten nationalen Herausforderungen rangiert (jeweils 25%). In Dänemark (26%) und Slowenien (20%) steht die Einwanderung an dritter Stelle.

Die **Renten** sind für 15% der Befragten die größte nationale Sorge. Damit liegt dieses Thema EU-weit auf Platz sechs. In Tschechien (24%) und Slowenien (22%) nehmen die Renten Platz zwei ein und auch in Estland liegt das Thema zusammen mit einem anderen an zweiter Stelle. In Spanien (23%), Portugal (20%) und Polen (16%) belegt das Thema den dritten Platz.

¹⁴ Ergebnisse Split A.

Die wirtschaftliche Lage, an siebter Position, wird von 14% der Europäer genannt. Im Gegensatz dazu ist dies auf Zypern (30%) und in Kroatien (28%) die häufigste Antwort auf diese Frage. Darüber hinaus liegt diese Antwort in zwei Ländern auf Platz zwei und sieben Ländern auf Platz drei.

Von 13% der Europäer erwähnt und somit an achter Stelle liegt das **Bildungssystem**. Nach Ansicht der Befragten in den Niederlanden ist dies ihr drittwichtigstes nationales Problem (25%). Darüber hinaus sind die Niederlande das einzige Land, in dem die Befragten darin eines der drei wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene sehen.

Kriminalität sowie Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung, die gemeinsam an neunter Stelle liegen, werden von jeweils 12% der Europäer als Antwort angeführt. Die **Kriminalität** ist die zweithäufigste Antwort im Vereinigten Königreich (24%) und die dritthäufigste in Schweden (34%). In Luxemburg (71%) und Irland (59%) steht **Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung** auf Platz eins der wichtigsten nationalen Probleme und in zwei Ländern liegt dieses Thema auf Platz drei.

Die **Staatsverschuldung** wird von 8% der Europäer genannt und teilt sich damit auf EU-Ebene Platz elf. In Belgien (21%) und Tschechien (20%) wird dies hingegen als das drittgrößte Problem angesehen. Ebenfalls von 8% aller Befragten genannt und damit das zweite Thema auf Platz elf sind die **Steuern**. In der Länderanalyse rangiert dieses Thema in Litauen (25%) auf Platz zwei und in Lettland (24%) und Italien (20%) auf Platz drei.

An letzter Stelle der wichtigsten nationalen Probleme steht mit 5% der EU-weiten Nennungen der **Terrorismus**. Darüber hinaus ist dieses Thema in keinem Mitgliedstaat unter den Top Drei der wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene zu finden.

QA3a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?
(%)

		Gesundheit und soziale Sicherung	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Arbeitslosigkeit	Steigende Preise/ Inflation/ Lebenshaltungskosten	Einwanderung	Renten	Wirtschaftliche Lage	Das Bildungssystem	Kriminalität	Wohnungsbau/ Wohnungsbeschaffung	Staatsverschuldung	Steuern	Terrorismus
EU28		23	21	20	18	17	15	14	13	12	12	8	8	5
BE		12	22	17	19	26	18	12	9	10	6	21	13	4
BG		38	7	13	43	8	18	25	10	11	2	5	5	2
CZ		18	14	3	32	15	24	9	10	11	18	20	8	3
DK		38	49	2	3	26	10	5	15	12	5	2	11	6
DE		17	34	4	13	26	18	5	23	14	25	2	3	8
EE		27	14	12	34	12	27	17	10	3	1	3	16	1
IE		39	12	11	22	8	3	9	7	11	59	3	4	2
EL		9	2	44	7	47	6	38	5	9	1	19	12	1
ES		13	11	51	6	11	23	25	10	7	7	10	4	2
FR		17	23	30	24	14	18	12	11	11	7	7	5	14
HR		18	4	26	24	10	14	28	19	19	3	16	6	2
IT		9	11	44	14	25	11	25	4	9	5	14	20	3
CY		13	9	19	22	29	7	30	19	15	7	5	8	4
LV		43	2	17	29	6	19	18	18	2	3	7	24	1
LT		23	4	17	52	6	19	12	16	5	1	4	25	0
LU		4	24	11	23	10	5	2	15	11	71	2	5	0
HU		42	10	12	29	14	16	17	11	7	10	11	5	7
MT		2	35	1	16	65	5	4	5	17	18	0	0	0
NL		31	66	1	9	13	14	5	25	15	15	0	1	4
AT		18	22	18	18	20	16	14	13	14	13	11	9	4
PL		28	14	8	44	5	16	10	8	5	9	14	10	4
PT		44	7	18	21	3	20	16	13	5	7	7	16	0
RO		24	12	11	31	9	14	21	13	12	9	13	10	5
SI		38	9	13	11	20	22	19	6	7	13	5	11	2
SK		45	11	15	38	6	14	15	11	11	9	6	7	2
FI		48	29	16	10	14	11	19	12	3	4	14	8	3
SE		41	37	10	3	18	4	8	26	34	6	1	4	3
UK		37	22	10	14	14	6	11	12	24	19	6	5	5

DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

Maximal zwei Nennungen – alle Items
Ergebnisse Split A

Der Hälfte der Befragten wurde die Frage in einer überarbeiteten Version gestellt (Split B). Dabei wurde das Item „Umwelt sowie Klima- und Energiefragen“ in zwei neue Items unterteilt: „Umwelt und Klimawandel“ und „Energieversorgung“. Das Item „Umwelt und Klimawandel“, das in dieser geänderten Formulierung mit 20% aller Nennungen EU-weit gemeinsam mit anderen Themen auf Platz zwei rangiert, liegt in den Niederlanden (61%), Dänemark (45%), Deutschland (31%) und Österreich (25%) auf Platz eins. In fünf Ländern nimmt dieses Thema Platz zwei ein, wobei die höchsten Anteile auf Malta (39%) und in Schweden (36%) zu verzeichnen sind. In Belgien (23%) belegen Fragen der Umwelt und des Klimawandels Platz drei. Die Energieversorgung ist in keinem Land unter den Top Drei zu finden.

QA3b Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (%)

		Gesundheit und soziale Sicherung	Arbeitslosigkeit	Steigende Preise/ Inflation/ Lebenshaltungskosten	Umwelt und Klimawandel	Einwanderung	Wirtschaftliche Lage	Renten	Das Bildungssystem	Kriminalität	Wohnungsbau/ Wohnungsbeschaffung	Staatsverschuldung	Steuern	Terrorismus	Energieversorgung
EU28		22	20	20	20	16	16	15	12	12	11	8	8	6	4
BE		14	12	21	23	25	14	14	9	9	6	24	11	5	6
BG		38	13	43	5	6	27	18	11	13	2	5	5	2	2
CZ		19	4	38	10	15	7	24	8	7	19	16	11	3	3
DK		36	4	3	45	26	6	6	13	10	5	1	12	7	3
DE		15	5	14	31	26	5	18	21	12	22	3	4	7	6
EE		30	11	32	12	11	17	27	13	3	2	3	14	1	5
IE		40	10	22	14	8	8	3	9	11	53	4	6	3	3
EL		9	40	7	1	54	37	6	5	9	1	17	10	1	1
ES		16	53	8	9	11	26	21	8	6	7	12	5	1	1
FR		13	28	21	21	14	14	20	9	13	7	8	6	16	2
HR		14	31	22	3	9	20	17	21	21	5	15	5	3	1
IT		9	43	15	10	21	28	10	4	9	3	13	19	4	3
CY		14	25	16	6	27	36	5	18	14	9	2	5	5	1
LV		38	16	31	3	6	24	16	15	2	2	8	28	0	0
LT		24	13	56	5	5	12	21	15	4	2	5	23	0	1
LU		7	10	31	16	8	1	9	17	5	68	1	9	2	1
HU		47	10	31	9	12	16	14	10	5	9	9	6	4	6
MT		4	1	21	39	61	1	4	4	15	17	1	3	2	0
NL		29	2	8	61	14	5	17	23	12	12	0	2	4	8
AT		21	15	19	25	17	12	13	15	13	10	10	9	6	6
PL		30	6	47	14	4	13	15	10	7	9	9	7	3	6
PT		39	20	21	8	2	16	20	16	4	6	9	17	1	2
RO		26	15	31	8	5	20	16	10	15	6	14	10	3	6
SI		40	13	12	10	20	12	24	3	6	13	8	12	2	2
SK		45	14	41	11	4	16	14	9	11	5	5	7	1	3
FI		52	15	9	30	13	18	9	14	5	4	16	6	2	2
SE		43	8	4	36	19	8	5	25	31	4	0	3	2	6
UK		37	12	17	21	15	14	4	12	19	15	6	4	5	2

DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

Maximal zwei Nennungen – alle Items
Ergebnisse Split B

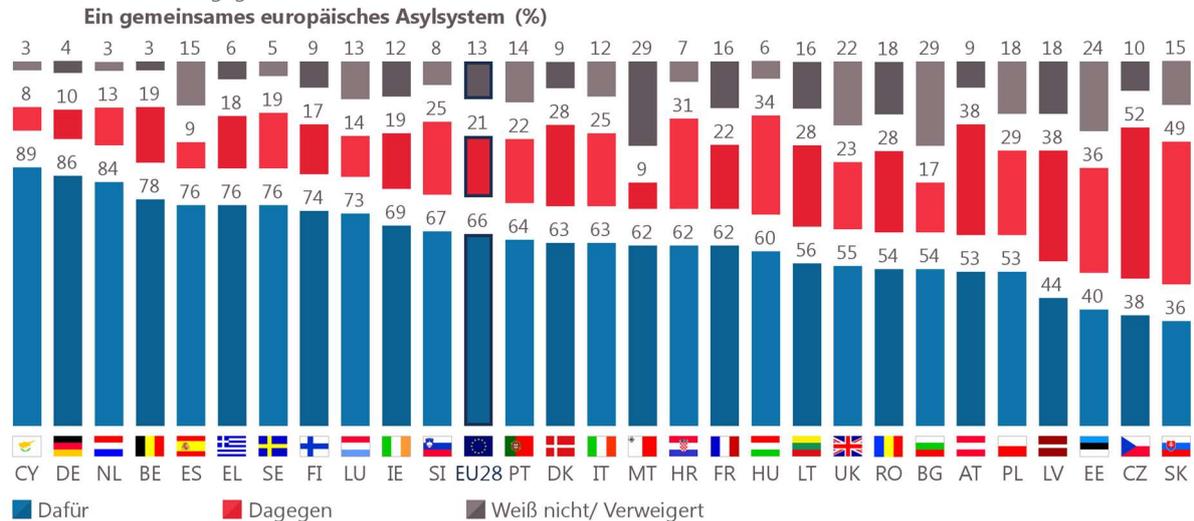
V. ZENTRALE POLITIKBEREICHE

1 Befürwortung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems

Zwei Drittel der EU-Bürger sind für ein gemeinsames europäisches Asylsystem (66%). Gleichzeitig sind 21% dagegen und 13% beantworten die Frage mit „weiß nicht“ oder überhaupt nicht.

In insgesamt 26 Mitgliedstaaten überwiegt die Zustimmung zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Während die Befragten auf Zypern 89%, in Deutschland 86% und in den Niederlanden 84% ein solches System weitgehend befürworten, sind es in Estland 40% und in Lettland 44%. In Tschechien (52% gegenüber 38% „dafür“) und in der Slowakei (49% gegenüber 36% „dafür“) ist eine Mehrheit der Befragten dagegen.

QB6.1 Und wie ist Ihre Meinung zu jeder der folgenden Aussagen? Bitte geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, ob Sie dafür oder dagegen sind.

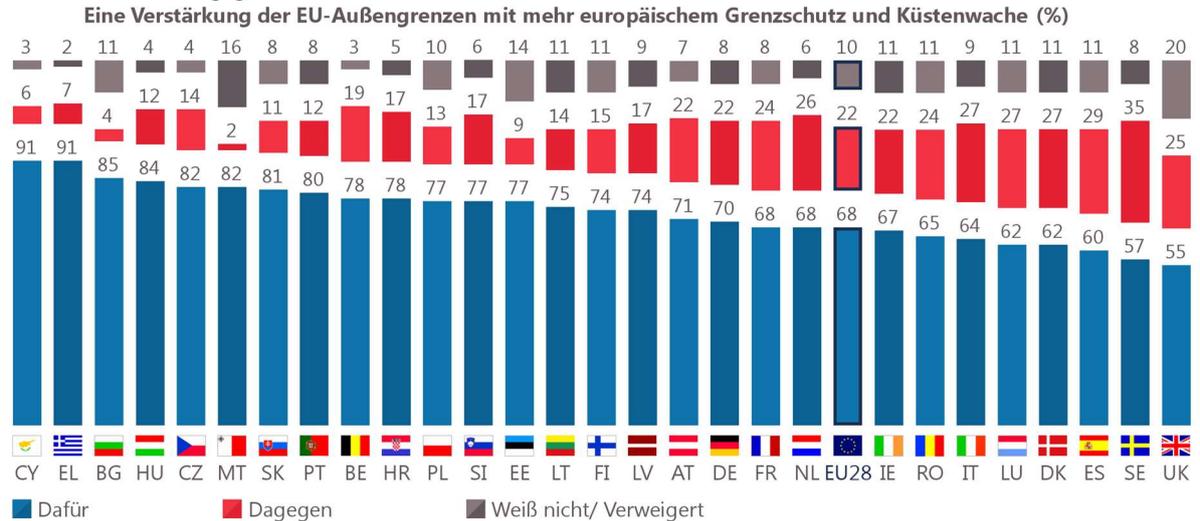


2 Befürwortung einer Verstärkung der EU-Außengrenzen

Beinahe sieben von zehn Befragten (68%) sind für eine Verstärkung der EU-Außengrenzen mit mehr europäischem Grenzschutz und Küstenwache. Etwas mehr als jeder Fünfte (22%) ist dagegen und 10% geben an, nicht zu wissen, ob sie dafür oder dagegen sind, oder beantworten die Frage nicht.

Mehr als die Hälfte der Befragten in allen EU-Mitgliedstaaten spricht sich für eine Verstärkung der Außengrenzen der EU aus. Am stärksten befürwortet wird dies unter den Befragten auf Zypern, in Griechenland (jeweils 91%) und in Bulgarien (85%). Im Gegensatz dazu sind das Vereinigte Königreich (55%) und Schweden (57%) die einzigen Länder, in denen weniger als sechs von zehn Befragten dafür sind.

QB6.2 Und wie ist Ihre Meinung zu jeder der folgenden Aussagen? Bitte geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, ob Sie dafür oder dagegen sind.



3 Ein europäischer Green Deal (Grüner Deal)

Die EU-Bürger nennen zwei klare vorrangige Ziele für einen europäischen Grünen Deal: die **Entwicklung erneuerbarer Energien** (54%) und die **Bekämpfung von Kunststoffabfällen und eine Vorreiterrolle beim Thema Einwegplastik** (53%).

Mindestens ein Drittel der Befragten ist der Meinung, dass folgende Themen Priorität haben sollten: **Unterstützung von Landwirten, damit diese eine angemessene Vergütung erhalten, um die Europäer mit bezahlbaren und sicheren Lebensmitteln zu versorgen** (37%), **Senkung des Energieverbrauchs** (35%) und **Förderung der „Kreislaufwirtschaft“ – ein System zum Erhalt natürlicher Ressourcen und zur Verringerung von Abfall** (33%).

Darüber hinaus ist mindestens ein Viertel der Bürger in der EU der Meinung, dass die Ziele **Schutz der Biodiversität** (29%), **Anstreben des Ziels einer Null-Verschmutzung** (26%) oder **Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen von Treibhausgasemissionen auf null, um die EU bis 2050 CO₂-neutral zu machen** (25%), Priorität haben sollten. Jeder fünfte Befragte (20%) ist der Ansicht, dass **die Einführung einer Steuer auf importierte Produkte aus Drittländern, die niedrigere Standards bei der Klimaschutzpolitik haben als die EU**, eine der wichtigsten Prioritäten sein sollte.

QB4 Welche der folgenden Ziele sollten bei einem europäischen Grünen Deal – d. h. bei einer Reihe von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und zur Bekämpfung des Klimawandels – Ihrer Meinung nach oberste Priorität haben? (MAX. 4 NENNUNGEN)
(% - EU)



Der Ländervergleich zeigt, dass **die Entwicklung erneuerbarer Energien in 12 Ländern die am häufigsten genannte Priorität ist**. Die Anteile an Befragten in diesen Ländern, die dieses Thema nennen, bewegen sich zwischen 70% in Dänemark und 46% in Österreich, wobei dieses Ziel in Österreich gemeinsam mit der Bekämpfung von Kunststoffabfällen und dem Einnehmen einer Vorreiterrolle beim Thema Einwegplastik gemeinsam auf Platz eins liegt. In 12 Ländern rangiert dieses Thema auf Platz zwei und in drei Ländern auf Platz drei. In Tschechien und Frankreich liegt dieses Ziel gemeinsam auf Platz zwei mit der Unterstützung von EU-Landwirten, damit diese eine angemessene Vergütung erhalten, um die Europäer mit bezahlbaren und sicheren Lebensmitteln zu versorgen.

In 17 Ländern ist die Bekämpfung von Kunststoffabfällen und die Vorreiterrolle beim Thema Einwegplastik die am häufigsten genannte Priorität, wobei die jeweiligen Anteile von 71% auf Malta bis 36% in Rumänien reichen. In Rumänien wird dieses Ziel darüber hinaus genauso häufig als Priorität angesehen wie die Unterstützung von EU-Landwirten, damit diese eine angemessene Vergütung erhalten, um die Europäer mit bezahlbaren und sicheren Lebensmitteln zu versorgen. Auch in Österreich liegt dieses Ziel gemeinsam mit der Entwicklung erneuerbarer Energien an der Spitze der am häufigsten genannten Prioritäten. In zehn Mitgliedstaaten ist die Bekämpfung von Kunststoffabfällen hingegen das am zweithäufigsten genannte Ziel und in einem Mitgliedstaat das am dritthäufigsten genannte. In Finnland liegt dieses Ziel gemeinsam mit der Förderung der „Kreislaufwirtschaft“ auf Platz zwei der häufigsten Antworten. Darüber hinaus ist festzustellen, dass dieses Ziel das einzige ist, das in allen Mitgliedstaaten unter den drei wichtigsten Prioritäten zu finden ist, die ein europäischer Grüner Deal nach Ansicht der Befragten haben sollte.

Rumänien ist das einzige Land, in dem die Unterstützung von EU-Landwirten, damit diese eine angemessene Vergütung erhalten, um die Europäer mit bezahlbaren und sicheren Lebensmitteln zu versorgen, auf Platz eins der am häufigsten genannten Prioritäten liegt, wenn auch gemeinsam mit der Bekämpfung von Kunststoffabfällen und einer Vorreiterrolle beim Thema Einwegplastik (jeweils 36%). Dass EU-Landwirte auf diese Weise unterstützt werden, ist in fünf Mitgliedstaaten das am zweithäufigsten genannte Ziel und in sechs Mitgliedstaaten ist es das am dritthäufigsten genannte Ziel. In Tschechien und Frankreich liegt dieses Thema zusammen mit der Entwicklung erneuerbarer Energien gleichauf auf Platz zwei.

Das Ziel einer **Senkung des Energieverbrauchs** ist in fünf Ländern die am dritthäufigsten genannte Priorität. Am meisten befürwortet wird dieses Ziel in Ungarn (42%).

Die Förderung einer „Kreislaufwirtschaft“, d. h. eines Systems zum Erhalt natürlicher Ressourcen und zur Verringerung von Abfall, belegt in drei Mitgliedstaaten Platz zwei der häufigsten Antworten und in sieben Mitgliedstaaten Platz drei. In Finnland liegt dieses Ziel gemeinsam mit der Bekämpfung von Kunststoffabfällen auf Rang zwei.

Der **Schutz der Biodiversität** ist in Schweden die am zweithäufigsten genannte Antwort (52%) und in fünf Ländern die dritthäufigste.

Das **Anstreben des Ziels einer Null-Verschmutzung** liegt auf Malta (49%) auf Platz drei der Prioritäten, die bei dieser Frage am häufigsten angeführt werden.

QB4 Welche der folgenden Ziele sollten bei einem europäischen Grünen Deal – d. h. bei einer Reihe von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und zur Bekämpfung des Klimawandels – Ihrer Meinung nach oberste Priorität haben? (%)

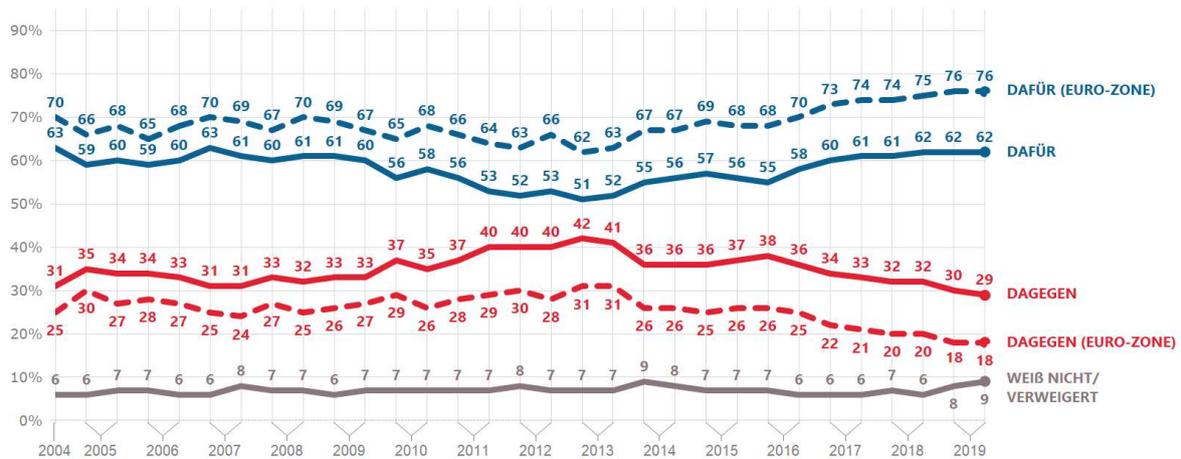
		Entwicklung erneuerbarer Energien	Bekämpfung von Kunststoffabfällen und Vorreiterrolle beim Thema Einwegplastik	Unterstützung von EU-Landwirten, damit diese eine angemessene Vergütung erhalten, um die Europäer mit bezahlbaren und sicheren Lebensmitteln zu versorgen	Senkung des Energieverbrauchs	Förderung der "Kreislaufwirtschaft" - ein System zum Erhalt natürlicher Ressourcen und zur Verringerung von Abfall	Schutz der Biodiversität	Anstreben des Ziels einer Null-Verschmutzung	Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen von Treibhausgasemissionen auf null, um die EU bis 2050 CO2-neutral zu machen	Einführung einer Steuer auf importierte Produkte aus Drittländern, die niedrigere Standards bei der Klimaschutzpolitik haben als die EU
EU28		54	53	37	35	33	29	26	25	20
BE		58	52	42	35	34	36	24	20	25
BG		38	52	46	27	30	36	25	19	22
CZ		41	59	41	33	40	19	26	18	20
DK		70	63	26	34	39	37	29	32	24
DE		59	57	39	38	44	24	15	32	19
EE		50	57	38	22	44	37	29	17	18
IE		53	54	30	39	29	26	30	29	23
EL		62	50	44	37	38	41	33	25	24
ES		63	61	33	32	22	34	31	17	12
FR		52	53	52	35	32	42	27	20	26
HR		48	50	39	29	31	31	29	22	22
IT		49	42	28	39	31	21	32	24	23
CY		64	56	39	34	44	37	29	24	21
LV		32	64	52	22	41	40	30	16	21
LT		46	67	35	32	30	36	21	23	14
LU		56	60	49	26	38	45	21	17	25
HU		53	56	29	42	33	23	26	28	20
MT		55	71	33	36	23	34	49	21	15
NL		51	68	47	29	58	34	22	32	24
AT		46	46	36	39	41	27	21	30	28
PL		47	49	34	28	26	15	24	26	18
PT		68	49	32	30	33	36	29	18	19
RO		34	36	36	26	28	26	24	26	26
SI		54	55	39	36	37	28	21	19	21
SK		35	50	41	33	33	27	25	23	25
FI		64	54	42	28	54	51	16	23	29
SE		69	46	35	34	43	52	24	36	26
UK		59	57	25	37	20	24	35	27	12
		DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTTE ASPEKT								
		DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTTE ASPEKT								
		DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTTE ASPEKT								

4 Befürwortung des Euro: Trend und nationale Ergebnisse

Im Euroraum liegt der Anteil der Befürworter einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung bei aktuell 76% und ist damit im Vergleich zur letzten Umfrage unverändert. Zuvor konnte zwischen Frühjahr 2016 und Frühjahr 2019 eine nahezu kontinuierliche Zunahme beobachtet werden. Die Unterstützung ist damit weiterhin auf einem Rekordniveau. Der Anteil an Befragten im Euroraum, die gegen den Euro sind, ist mit 18% ebenfalls unverändert.

In der EU als Ganzes sind zum dritten Mal in Folge 62% der Bürger für den Euro. Damit ist die Befürwortung des Euro weiterhin auf dem höchsten Stand seit der Umfrage vom Frühjahr 2007, als sich 63% der EU-Bürger für den Euro aussprachen. Der Anteil an Befragten, die „gegen“ eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion sind, ist erneut gesunken, und zwar auf aktuell 29% (-1 Prozentpunkt gegenüber Frühjahr 2019), was den tiefsten Stand seit 2004 markiert. Betrachtet man die Ergebnisse für die EU27, d. h. ohne das Vereinigte Königreich, so liegen diese mit 67% „dafür“ und 25% „dagegen“ näher an den Durchschnittswerten, die im Euroraum zu beobachten sind.

QB2.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro (% - EU)



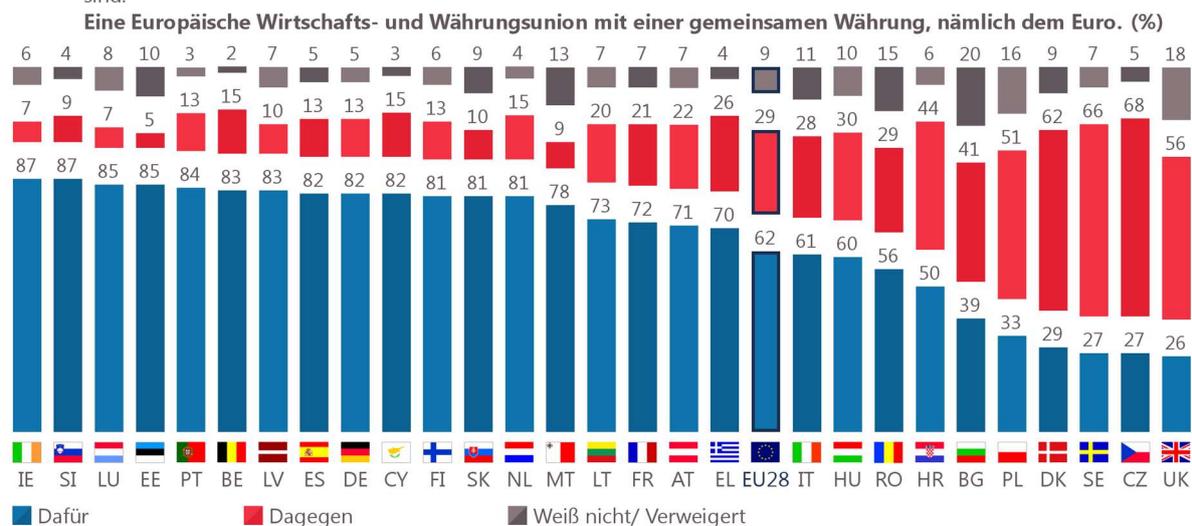
Eine Mehrheit der Befragten in 22 Mitgliedstaaten spricht sich für „eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsamer Währung“ aus (im Frühjahr 2019 waren es 21 Mitgliedstaaten). Die meisten Fürsprecher sind unter den Befragten in Irland, Slowenien (jeweils 87%), Estland, Luxemburg (jeweils 85%) und Portugal (84%) zu finden. Die knappste Mehrheit haben die Befürworter des Euro in Kroatien (50%), Rumänien (56%) und Ungarn (60%), drei Länder, die nicht Mitglied des Euroraums sind.

In sechs Ländern, die allesamt nicht Mitglied des Euroraums sind, ist eine Mehrheit der Befragten nach eigenen Angaben gegen den Euro. Dies sind Tschechien (68%), Schweden (66%), Dänemark (62%), das Vereinigte Königreich (56%), Polen (51%) und Bulgarien (41% dagegen und 39% dafür).

Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2019 ist der Anteil an Befragten, die für den Euro sind, in 16 Mitgliedstaaten gestiegen (im Frühjahr 2019 waren es 13 Mitgliedstaaten). Die höchsten Zuwachsraten sind auf Zypern (82%, +8 Prozentpunkte) und in Kroatien (50%, +8) zu verzeichnen.

In neun Mitgliedstaaten ist die Befürwortung im Vergleichszeitraum hingegen zurückgegangen, allen voran in Italien (61%, -4), und in drei unverändert geblieben.

QB2.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.



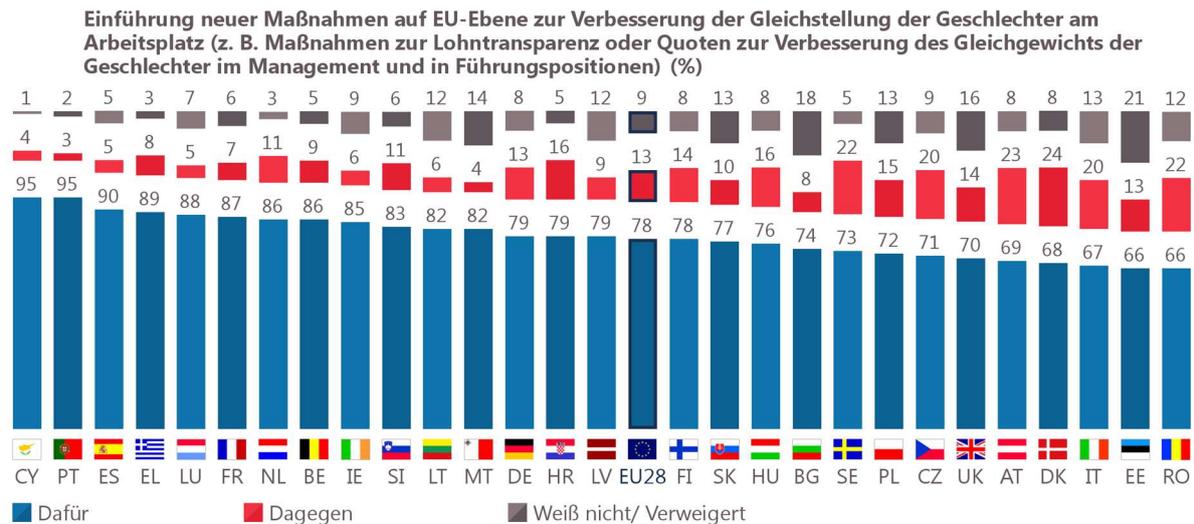
5 Neue Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz

Mehr als drei Viertel (78%) der Bürger sind nach eigenen Angaben für die Einführung neuer Maßnahmen auf EU-Ebene zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz. Im Gegensatz dazu sind 13% gegen die Einführung solcher Maßnahmen und 9% geben entweder an, nicht zu wissen, ob sie dafür oder dagegen sind, oder verweigern die Antwort.

Die Einführung solcher Maßnahmen wird in allen Mitgliedstaaten von einer großen Mehrheit der Befragten befürwortet. Am höchsten sind die Anteile mit 95% auf Zypern und in Portugal sowie mit 90% in Spanien und am geringsten mit 66% in Rumänien und Estland sowie 67% in Italien.

Im Durchschnitt sind 13% der Europäer gegen die Einführung solcher neuen Maßnahmen. Die deutlichste Ablehnung ist unter den Befragten in Italien, Tschechien (jeweils 20%), Rumänien, Schweden (jeweils 22%), Österreich (23%) und Dänemark (24%) zu verzeichnen.

QB2.5 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.



6 Befürwortung eines digitalen Binnenmarktes innerhalb der EU: Trend und nationale Ergebnisse

Der Anteil der Befürworter eines digitalen Binnenmarktes innerhalb der EU ist zum ersten Mal seit dem Jahr 2015 rückläufig. Aktuell sprechen sich 57% für einen digitalen Binnenmarkt aus, was einem Rückgang um 6 Prozentpunkte entspricht. Etwas mehr als jeder Fünfte (21%, +1) ist gegen einen solchen Binnenmarkt und 22% (+5) geben an, nicht zu wissen, ob sie dafür oder dagegen sind, oder verweigern die Antwort.

QB2.2 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

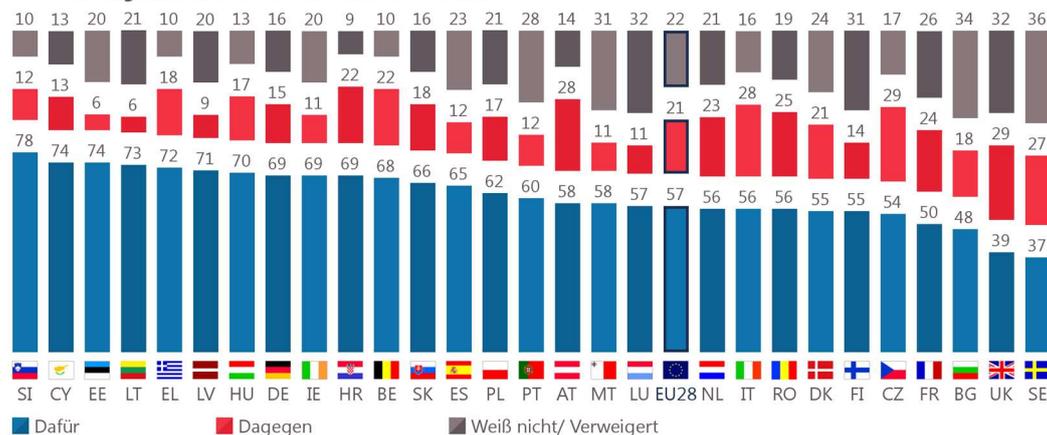
Ein digitaler Binnenmarkt innerhalb der EU (% - EU)



Obwohl ein digitaler Binnenmarkt in allen Mitgliedstaaten von einer Mehrheit der Befragten befürwortet wird, offenbart ein Ländervergleich diesbezüglich erhebliche Unterschiede. Während in Slowenien (78%), Estland, auf Zypern (jeweils 74%), in Litauen (73%), Griechenland (72%) und Lettland (71%) mehr als sieben von zehn Befragten „dafür“ sind, fällt die Befürwortung in Schweden (37%), im Vereinigten Königreich (39%) und in Bulgarien (48%) deutlich verhaltener aus.

QB2.2 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Ein digitaler Binnenmarkt innerhalb der EU (%)

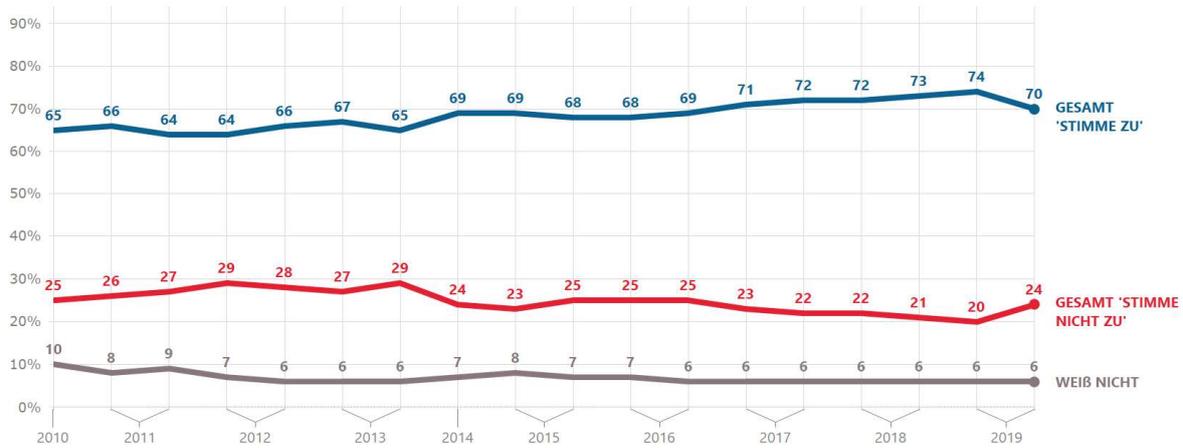


7 Die Stimme der EU zählt in der Welt: Trend und nationale Ergebnisse

Der Anteil an Befragten, die zustimmen, dass die Stimme der EU in der Welt zählt, ist zum ersten Mal seit Herbst 2015 zurückgegangen. Mit 70% (-4 Prozentpunkte) ist der Anteil aber immer noch höher als in der Zeit zwischen 2010 und Herbst 2016. Fast ein Viertel der Befragten (24%, +4) stimmt nicht zu und 6% (unverändert) antworten mit „weiß nicht“.

QB8.3 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

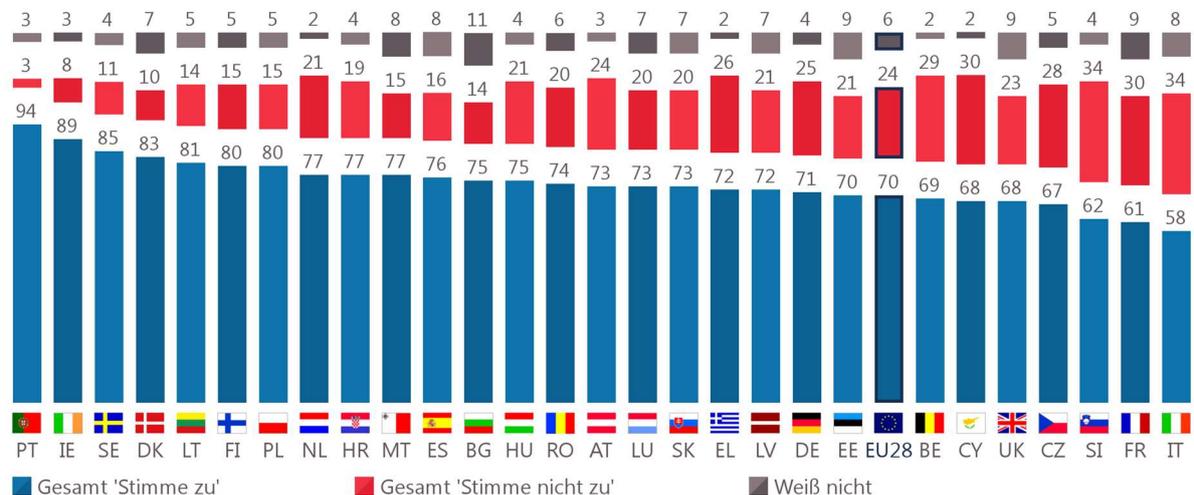
Die Stimme der EU zählt in der Welt (% - EU)



In jedem EU-Mitgliedstaat stimmt eine Mehrheit der Befragten zu, dass die Stimme der EU in der Welt zählt. Am weitesten verbreitet ist die Zustimmung zu dieser Aussage unter den Befragten in Portugal (94%), Irland (89%) und Schweden (85%). In Italien (58%), Frankreich (61%) und Slowenien (62%) ist die Zustimmung hingegen weniger weit verbreitet.

QB8.3 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die Stimme der EU zählt in der Welt (%)

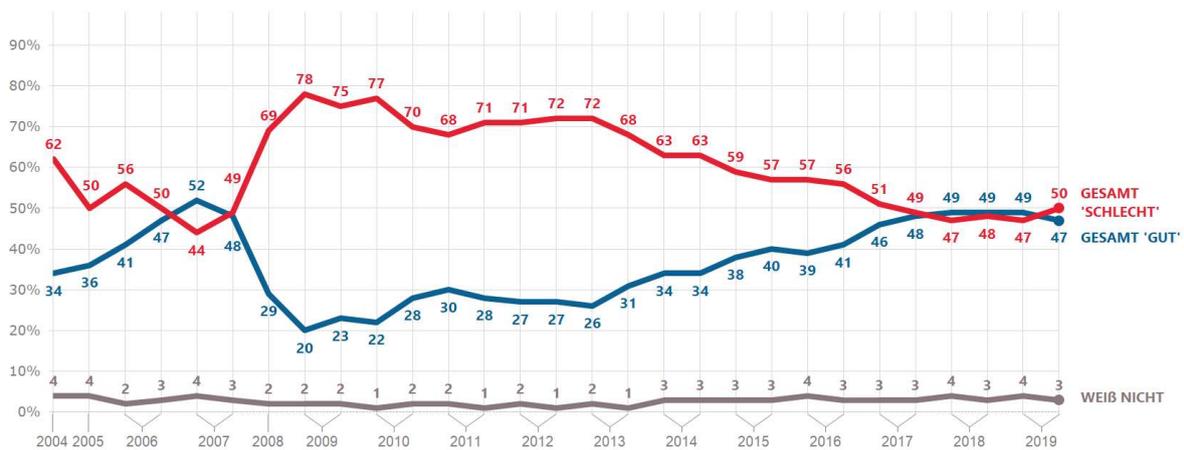


VI. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

1 Derzeitige Lage der nationalen Wirtschaft: Trend, nationale Ergebnisse und Entwicklungen

Der Anteil an EU-Bürgern, die die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als „gut“ beurteilen, ist aktuell niedriger als der Anteil derjenigen, die die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als „schlecht“ einstufen. Ursächlich hierfür ist ein leichter Rückgang (-2 Prozentpunkte) derjenigen, die die Lage der Wirtschaft in ihrem Land als gut bewerten (47% „gut“ gegenüber 50% „schlecht“, +3 Prozentpunkte). In den vorangegangenen drei Umfragen zwischen Frühjahr 2018 und Frühjahr 2019 hat eine Mehrheit der Befragten die wirtschaftliche Situation im eigenen Land als gut beschrieben. Lediglich 3% (-1) beantworten die Frage mit „weiß nicht“.

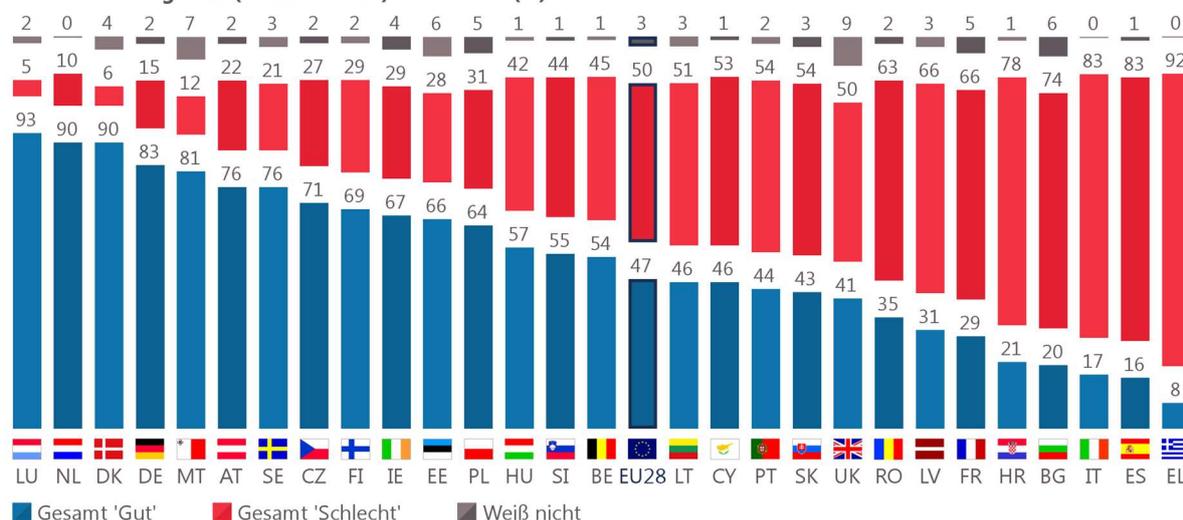
QA1a.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft (% - EU)



Was der auf EU-Ebene vergleichsweise geringe Unterschied (47% gegenüber 50%) nicht zeigt, ist, dass sich die öffentliche Meinung in diesem Punkt zwischen den Mitgliedstaaten mitunter erheblich unterscheidet. Die Anteile an Befragten, die die gegenwärtige Lage ihrer nationalen Wirtschaft als gut bezeichnen, bewegen sich zwischen 93% in Luxemburg und 8% in Griechenland.

Eine Mehrheit der Befragten in 15 Ländern (im Frühjahr 2019 waren es 17) beurteilt die wirtschaftliche Lage im eigenen Land als gut. Der höchste Anteil an Befragten, die dies so sehen, ist in Luxemburg (93%), den Niederlanden und Dänemark (jeweils 90%) zu verzeichnen. Aber auch in Deutschland (83%) und auf Malta (81%) sind mehr als acht von zehn Befragten dieser Meinung. Im Gegensatz dazu teilt in Griechenland (8%), Spanien (16%) und Italien (17%) weniger als jeder fünfte Befragte diese Ansicht.

QA1a.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft (%)



Im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2019 hat sich **die Wahrnehmung von der Lage der nationalen Wirtschaft in 16 Ländern verschlechtert**. Am deutlichsten zu beobachten ist dies in Spanien (16%, -10 Prozentpunkte), Irland (67%, -8), Belgien (54%, -8) und Litauen (46%, -7). Gleichzeitig hat sich die Wahrnehmung in sieben Ländern auch positiv entwickelt, insbesondere in Portugal (44%, +7) und Tschechien (71%, +6). Unverändert ist der Anteil an Befragten, die die Lage ihrer nationalen Wirtschaft positiv beurteilen, hingegen in den Niederlanden (90%), in Deutschland (83%), im Vereinigten Königreich (41%), in Frankreich (29%) und in Bulgarien (20%).

QA1a.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft (%)

		Gesamt 'Gut'	Hbst.2019 - Fr.2019	Gesamt 'Schlecht'	Hbst.2019 - Fr.2019	Weiß nicht
EU28		47	▼ 2	50	▲ 3	3
EURO-ZONE		45	▼ 3	53	▲ 4	2
NICHT EURO-ZONE		50	▼ 2	44	▲ 2	6
PT		44	▲ 7	54	▼ 7	2
CZ		71	▲ 6	27	▼ 4	2
RO		35	▲ 4	63	▼ 4	2
CY		46	▲ 3	53	▼ 4	1
LV		31	▲ 1	66	▲ 2	3
HR		21	▲ 1	78	▼ 2	1
EL		8	▲ 1	92	▼ 1	0
NL		90	=	10	▲ 1	0
DE		83	=	15	=	2
UK		41	=	50	=	9
FR		29	=	66	=	5
BG		20	=	74	▲ 2	6
LU		93	▼ 1	5	▲ 2	2
DK		90	▼ 1	6	=	4
HU		57	▼ 1	42	▲ 2	1
EE		66	▼ 2	28	▲ 2	6
SI		55	▼ 2	44	▲ 3	1
MT		81	▼ 4	12	▲ 5	7
SE		76	▼ 4	21	▲ 3	3
AT		76	▼ 5	22	▲ 5	2
IT		17	▼ 5	83	▲ 7	0
FI		69	▼ 6	29	▲ 7	2
PL		64	▼ 6	31	▲ 8	5
SK		43	▼ 6	54	▲ 8	3
LT		46	▼ 7	51	▲ 9	3
IE		67	▼ 8	29	▲ 6	4
BE		54	▼ 8	45	▲ 8	1
ES		16	▼ 10	83	▲ 11	1

SCHLUSSFOLGERUNG

Die Ergebnisse dieser Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2019 zeigen ein heterogeneres Bild als im Frühjahr 2019. Nachdem im Frühjahr 2019 bei mehreren Indikatoren ein Zehnjahreshoch verzeichnet werden konnte, ist in der aktuellen Umfrage eine leichte Verschlechterung festzustellen.

Der Anteil an Befragten, die ein **positives Bild von der EU** haben, ist ein wenig gesunken und liegt aktuell bei 42%. Das **Vertrauen in die EU** ist um einen Prozentpunkt gesunken. Trotzdem ist der Anteil an Befragten, die Vertrauen in die EU haben, neun Prozentpunkte höher als der Anteil an Befragten, die Vertrauen in ihre nationale Regierung oder ihr nationales Parlament haben.

Der Anteil an Befragten, die der Meinung sind, dass **ihre Stimme in der EU zählt**, ist nach einem Höchststand im Frühjahr 2019 drastisch zurückgegangen (-11 Prozentpunkte), sodass aktuell erneut nur eine Minderheit dies so sieht (45%). Ebenfalls gesunken ist der Anteil an Befragten, die **mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, zufrieden** sind. Nichtsdestotrotz ist nach wie vor die Mehrheit dieser Ansicht (52%).

Sieben von zehn Europäern fühlen sich nach eigenen Angaben als **Bürger der EU** (70%, -3 Prozentpunkte). Diese Meinung wird in jedem Mitgliedstaat von mehr als der Hälfte der Befragten geteilt.

Die **Einwanderung** wird nach wie vor als **das wichtigste Problem** angesehen, **dem die EU gegenübersteht** und von mehr als einem Drittel der Befragten genannt. An zweiter Stelle steht weiterhin der **Klimawandel**. Der Anteil an Befragten, die in diesem Zusammenhang den Klimawandel nennen, ist im Vergleich zum Frühjahr 2019 leicht gestiegen und markiert eine Fortsetzung des insgesamt starken Anstiegs in den letzten fünf Jahren. Der Klimawandel ist unter den fünf wichtigsten Problemen das einzige, bei dem ein Anstieg an Nennungen zu verzeichnen ist.

Auf nationaler Ebene stehen **Gesundheit und soziale Sicherung** an erster Stelle, knapp vor **Umwelt sowie Klima- und Energiefragen**, dem Thema **Arbeitslosigkeit** und **steigenden Preisen/Inflation/Lebenshaltungskosten**. Jedes dieser Themen wird von etwa einem Fünftel der Befragten genannt.

Zwei Drittel der EU-Bürger sind für ein **Gemeinsames Europäisches Asylsystem**. In 26 Mitgliedstaaten wird dies von einer Mehrheit der Befragten befürwortet, wenn auch in stark unterschiedlichem Ausmaß. Beinahe sieben von zehn Europäern sind für eine **Verstärkung der EU-Außengrenzen mit mehr europäischem Grenzschutz und Küstenwache**. Dies wird in jedem Mitgliedstaat von mehr als der Hälfte der Befragten befürwortet.

In Bezug auf den **europäischen Green Deal** haben die Befragten ganz klar zwei Ziele, die sie als vorrangig ansehen: **die Entwicklung erneuerbarer Energien** (54%) sowie **die Bekämpfung von Kunststoffabfällen und eine Vorreiterrolle beim Thema Einwegplastik** (53%).

Die **Befürwortung des Euro** ist unverändert hoch und liegt sowohl im Euroraum (wo der Euro von mehr als zwei Drittel der Befragten befürwortet wird) als auch in der EU als Ganzes (62%) auf einem Höchststand. Mehr als drei Viertel der Bürger sind für die **Einführung neuer Maßnahmen auf EU-Ebene zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz**.

Obwohl sieben von zehn Befragten **zustimmen, dass die Stimme der EU in der Welt zählt**, ist der Anteil zum ersten Mal seit Herbst 2015 rückläufig.

Der Anteil an EU-Bürgern, die die **gegenwärtige Lage ihrer nationalen Wirtschaft** als „gut“ (47%) beurteilen, ist zum ersten Mal seit Herbst 2017 niedriger als der Anteil derjenigen, die diese als „schlecht“ bezeichnen (50%). In 15 Ländern ist eine Mehrheit der Befragten nach eigenen Angaben der Meinung, dass die Lage ihrer nationalen Wirtschaft gut ist.

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Kantar hat zwischen dem 14. November und dem 29. November 2019 für Kantar Belgium die Eurobarometer-Umfragewelle 92.3 im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Medienspiegel und Eurobarometer“, durchgeführt.

Die Umfragewelle 92.3 beinhaltet auch das Standard-Eurobarometer 92. Dabei wurden in allen EU-Mitgliedstaaten Personen befragt, die mindestens 15 Jahre alt sind, ihren Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat haben und die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen.

Die Standard-Eurobarometer-92-Umfrage wurde außerdem in den fünf Bewerberländern (Türkei, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Albanien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern und in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft wurden die einheimische Bevölkerung sowie die Bürger aller EU-Mitgliedstaaten befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern und Gebieten haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU28
BE	Belgien	Kantar Belgium (Kantar TNS)	1.012	14/11/2019	25/11/2019	9.464.647	2,19%
BG	Bulgarien	Kantar TNS BBSS	1.039	14/11/2019	24/11/2019	6.045.658	1,40%
CZ	Tschechien	Kantar CZ	1.013	14/11/2019	25/11/2019	8.939.378	2,07%
DK	Dänemark	Kantar Gallup	1.022	14/11/2019	27/11/2019	4.820.620	1,11%
DE	Deutschland	Kantar Deutschland	1.540	15/11/2019	29/11/2019	71.620.592	16,55%
EE	Estland	Kantar Emor	1.001	14/11/2019	26/11/2019	1.103.907	0,26%
IE	Irland	Kantar UK Limited	1.013	14/11/2019	25/11/2019	3.823.944	0,88%
EL	Griechenland	Taylor Nelson Sofres Market Research	1.008	15/11/2019	25/11/2019	9.194.498	2,13%
ES	Spanien	TNS Investigación de Mercados y Opinión	1.008	15/11/2019	25/11/2019	39.679.883	9,17%
FR	Frankreich	Kantar Public France	1.014	15/11/2019	26/11/2019	54.806.403	12,67%
HR	Kroatien	Hendal	1.013	15/11/2019	25/11/2019	3.511.100	0,81%
IT	Italien	Kantar Italia	1.023	15/11/2019	24/11/2019	52.403.797	12,11%
CY	Zypern	CYMAR Market Research	505	14/11/2019	24/11/2019	723.947	0,17%
LV	Lettland	Kantar TNS Latvia	1.000	14/11/2019	28/11/2019	1.629.088	0,38%
LT	Litauen	TNS LT	1.008	15/11/2019	25/11/2019	2.387.464	0,55%
LU	Luxemburg	ILReS	510	15/11/2019	27/11/2019	504.883	0,12%
HU	Ungarn	Kantar Hoffmann	1.011	15/11/2019	24/11/2019	8.356.455	1,93%
MT	Malta	MISCO International	501	14/11/2019	28/11/2019	409.472	0,09%
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.006	14/11/2019	27/11/2019	14.418.460	3,33%
AT	Österreich	Das Österreichische Gallup Institut	1.018	21/11/2019	24/11/2019	7.549.265	1,74%
PL	Polen	Kantar Polska	1.008	15/11/2019	27/11/2019	32.189.898	7,44%
PT	Portugal	Marktest – Marketing, Organização e Formação	1.003	15/11/2019	26/11/2019	8.867.131	2,05%
RO	Rumänien	Centrul Pentru Studierea Opiniei si Pieteii (CSOP)	1.058	15/11/2019	24/11/2019	16.478.152	3,81%
SI	Slowenien	Mediana DOO	1.007	15/11/2019	25/11/2019	1.756.203	0,41%
SK	Slowakei	Kantar Slovakia	1.007	15/11/2019	26/11/2019	4.593.419	1,06%
FI	Finnland	Kantar TNS Oy	1.001	15/11/2019	29/11/2019	4.622.706	1,07%
SE	Schweden	Kantar Sifo	1.023	15/11/2019	27/11/2019	8.325.565	1,92%
UK	Vereinigtes Königreich	Kantar UK Limited	1.010	15/11/2019	26/11/2019	54.402.027	12,57%
	GESAMT EU28		27.382	14/11/2019	29/11/2019	432.628.562	100%*
	* Es ist zu beachten, dass die in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentzahl durch Rundung 100% übersteigen kann						
CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	Lipa Consultancy	500	15/11/2019	25/11/2019	143.226	
TR	Türkei	TNS Piar	1.011	15/11/2019	27/11/2019	50.555.679	
MK	Nordmazedonien	TNS BRIMA	1.058	15/11/2019	25/11/2019	1.721.528	
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	529	15/11/2019	24/11/2019	501.030	
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1.017	15/11/2019	25/11/2019	6.161.584	
AL**	Albanien	TNS BBSS	754	21/11/2019	15/12/2019	2.221.572	
	TOTAL		32.251	14/11/2019	15/12/2019	493.933.181	

** Am 26. November kam es im Nordwesten Albanien zu einem Erdbeben der Stärke 6,4, das 51 Todesopfer forderte. Ein großer Teil des Landes war für einen längeren Zeitraum nach der Naturkatastrophe unzugänglich und im Notstand. Deshalb mussten die Befragungen bis zum 3. Dezember unterbrochen werden.

In allen Ländern wurde eine mehrstufige Zufallsstichprobe verwendet. In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den „regionalen Verwaltungseinheiten“ nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen die Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet der an der Studie teilnehmenden Länder nach EUROSTAT-NUTS II (oder vergleichbar) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete.

Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Sollte der Interviewer im Haushalt niemanden angetroffen haben oder war der ausgewählte Befragte nicht verfügbar (zu beschäftigt oder nicht anwesend), suchte der Interviewer den Haushalt bis zu drei weitere Male auf (vier Kontaktaufnahmen insgesamt). Der Interviewer gibt niemals an, dass die Befragung im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wird. Diese Information kann unter Umständen, d.h. auf Nachfrage durch den Befragten, nach Beendigung der Befragung weitergegeben werden.

Die Rekrutierungsphase war für die Niederlande und Schweden etwas anders. In diesen Ländern wurden innerhalb der jeweiligen Erhebungspunkte, Adress-Stichproben aus dem Adress- oder Bevölkerungsregister gezogen. Die ausgewählten Haushalte wurden dadurch über das Zufallsprinzip bestimmt. Anschliessend wurden die Haushalte per Telefon (Niederlande und Schweden) und E-Mail (Schweden) kontaktiert und es wurde ein Termin vereinbart.

Alle Interviews wurden persönlich mit dem Befragten in seinem Zuhause und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe der Befragten mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Wo es Unterschiede gibt, wurde die Stichprobe der Befragten mittels Gewichtung nach Geschlecht, Alter, Region und Verstärkerungsgrad an die Grundgesamtheit angepasst. Für europäische Schätzungen (d. h. europäische Durchschnittswerte) werden die jeweiligen Ländergewichte angepasst, d. h. auf- oder abgewichtet, damit die Bevölkerung über 15 Jahren in den jeweiligen Ländern als Prozentsatz der EU-Bevölkerung über 15 Jahren dargestellt werden kann. Für die Errechnung der Antwortraten wurde die Gesamtzahl der abgeschlossenen Interviews durch die Gesamtzahl aller aufgesuchten Adressen dividiert. Ausgeschlossen wurden alle nicht zulässigen Adressen, eingeschlossen jedoch jene, für die die Zulässigkeit unbekannt war.

Für das Standard Eurobarometer 92 lauten die von Kantar kalkulierten Antwortraten für die EU28 Länder wie folgt:

BE	46,4%	EL	28,9%	LT	46,9%	PT	40,2%
BG	44,6%	ES	35,7%	LU	20,1%	RO	63,4%
CZ	45,2%	FR	30,2%	HU	61,3%	SI	48,3%
DK	35,5%	HR	57,1%	MT	52,6%	SK	72,5%
DE	19,0%	IT	25,8%	NL	78,0%	FI	17,6%
EE	40,9%	CY	43,4%	AT	47,6%	SE	60,8%
IE	53,5%	LV	42,1%	PL	44,4%	UK	34,7%

Die Leser werden darauf hingewiesen, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme

(auf dem 95% Konfidenzniveau)

Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen *beobachteten Ergebnisse sind in Spalten*

	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6.0	8.3	9.9	11.1	12.0	12.7	13.2	13.6	13.8	13.9	N=50
N=500	1.9	2.6	3.1	3.5	3.8	4.0	4.2	4.3	4.4	4.4	N=500
N=1000	1.4	1.9	2.2	2.5	2.7	2.8	3.0	3.0	3.1	3.1	N=1000
N=1500	1.1	1.5	1.8	2.0	2.2	2.3	2.4	2.5	2.5	2.5	N=1500
N=2000	1.0	1.3	1.6	1.8	1.9	2.0	2.1	2.1	2.2	2.2	N=2000
N=3000	0.8	1.1	1.3	1.4	1.5	1.6	1.7	1.8	1.8	1.8	N=3000
N=4000	0.7	0.9	1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5	N=4000
N=5000	0.6	0.8	1.0	1.1	1.2	1.3	1.3	1.4	1.4	1.4	N=5000
N=6000	0.6	0.8	0.9	1.0	1.1	1.2	1.2	1.2	1.3	1.3	N=6000
N=7000	0.5	0.7	0.8	0.9	1.0	1.1	1.1	1.1	1.2	1.2	N=7000
N=7500	0.5	0.7	0.8	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1	N=7500
N=8000	0.5	0.7	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1	N=8000
N=9000	0.5	0.6	0.7	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	N=9000
N=10000	0.4	0.6	0.7	0.8	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	N=10000
N=11000	0.4	0.6	0.7	0.7	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	N=11000
N=12000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.8	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	N=12000
N=13000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.9	0.9	N=13000
N=14000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	N=14000
N=15000	0.3	0.5	0.6	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	N=15000